DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

IN DIE OFFENSIVE:

DW-Sonderverteilaktion ➔ Seite 7

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 146, Samstag, 9. September 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht



Titelcollage mit der Germania aus der Frankfurter Paulskirche (1848). Das Bild wurde nach der gewaltsamen Niederschlagung der demokratischen Revolution durch die Feudalherren 1849 abgehängt und verleumdet.
Gestaltung: Ute Feuerstacke/Anselm Lenz

DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG WIRD NICHT WEICHEN!

Das Szenario erinnert an Anfang 2020: Die ersten Länder führen Coronamaßnahmen ein, der Chef der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Ghebreyesus, spricht von »steigenden Infektionszahlen« und die großen Medienbetriebe sagen: »Kein Grund zur Panik.« Werden sie es wagen, die Coronalüge erneut zu starten?

Es steht vollkommen außer Frage: Sollte das Coronaregime erneut ausgepackt werden, gehen umgehend Millionen Deutsche auf die Straße. Schon jetzt verabreden sich Demokraten zu festen Uhrzeiten auf den Plätzen ihrer Stadt und bauen Alternativen auf, sollte das Internet, wie zuletzt in Frankreich, abgeschaltet werden. Ein weiteres Mal werden sich die Bürger den Verfassungsbruch und das Kriegsregime gegen das eigene Volk nicht gefallen lassen. Da eine Aufarbeitung nicht stattfand, hat sich ein unbeugsamer Zorn aufgestaut, der sich umgehend gegen den obrigkeitsstaatlichen Terror Bahn brechen wird.

Die Deutschen haben gelernt, ja schmerzlich lernen müssen: Keine Partei, kein Jurist und keine YouTube-Show wird sie retten. Das werden sie selber tun. Seit dem 28. März 2020 organisiert sich die Demokratiebewegung dezentral, da macht es keinen Sinn, einzelne Köpfe wegzusperren, wie zum Beispiel die Macher dieser Zeitung: Jede Verhaftung wird den Zorn nur steigern. Unsere Machthaber wissen, dass dies keine leere Drohung ist, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme.

Statt die Flucht nach vorne anzutreten, um ihre bröckelnde Position in der Welt mit immer mehr Kontrolle, Terror und Krieg zu stabilisieren, sollten unsere Machthaber einfach sagen, was Sache ist: Der US-Finanzmarktkapitalismus ist pleite, *rien ne va plus* – nichts geht mehr. Das müsste auch gar nicht schlimm sein. Das Volk und die Demokratiebewegung sind nicht barbarisch, auch wenn Ihr sie dazu erklärt habt.

Die Ziele sind von Anfang an klar, zivilisiert und umsetzbar: Wiedereinhaltung des Menschenrechts, der Verfassung und des Nürnberger Kodex, Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta sowie Volksentscheiden über alle grundlegenden Fragen. Selbst die Todesstrafe bleibt laut repräsentativen Umfragen innerhalb der Demokratiebewegung abgeschafft. Was gibt es also zu befürchten, außer den Verlust von Privilegien und Machtpositionen? Gebt einfach auf!

Wir

INHALT #DW146

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 146. Ausgabe ab Samstag, 9. September 2023. | Redaktionsschluss war am 7. September. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Im Einsatz für die Demokratie

Der Preis der Republik geht an Alex Quint & Thomas Schenk.

LAUDATIO von Claudia Miersch

Knapp ein Jahrzehnt von Sachsen aus für investigativen, wahrhaftigen Journalismus unterwegs – das ist *eingeSCHENKt.tv*.

Der Informationskanal gehört zu den alternativen Medien der ersten Stunde und ging 2014 aus der Mahnwachen-Bewegung im Zuge der Ukraine-Krise hervor. Seitdem heißt es: *»Reiner Wein in Politik, Medien und Gesellschaft«*. An die 600 Videos – Interviews, Vorträge, Dokumentationen wie die Druschba-Friedensfahrten, Demos und Satire-Beiträge – gehören seitdem zum Produktionsrepertoire von *eingeSCHENKt.tv*.

»Mit der Kamera vor Ort und bei den Menschen« zu sein, ist für Thomas Schenk, den Produzenten und Mitbegründer von *eingeSCHENKt.tv*, selbstverständlich. Das dreiköpfige Kernteam ist hauptberuflich jeweils anderweitig tätig und engagiert sich ehrenamtlich mit einem hohen persönlichen Einsatz für Aufklärung, Demokratie und gibt Menschen eine Stimme, die in unseren »Leidmedien« kein Gehör finden.

Alex Quint als Gesicht des Kanals sorgt mit seinem erst kürzlich von Eva Herman attestierten Moderationstalent für eine unterhaltsame und authentische Kommunikation, die von den Zuschauern geschätzt wird und sich in steigenden Abonnentenzahlen widerspiegelt. Das empathische, ehrliche, zuverlässige Miteinander und die qualitativ hochwertigen Produktionen werden von allen Partnern anerkannt und durch Kooperationen (u.a. mit *AUF1*) bekräftigt. Gesendet werden die Beiträge kostenlos, doch die Arbeit ist mit einem stetigen finanziellen Aufwand (Technik, Lizenzen, Fahrtkosten) verbunden, der Kanal deshalb auf Spenden der Zuschauer angewiesen. Wer die öffentlichen Narrative infrage stellt, bekommt Gegenwind. Hausdurchsuchung, mehrere Kontenkündigungen, Videolöschungen wurden auch für *eingeSCHENKt.tv* zur Realität. Ein gewonnener Prozess gegen YouTube (2021) stärkte aber die Meinungs- und journalistische Pressefreiheit. *eingeSCHENKt.tv* gehört zu den reichweitestärksten unabhängigen Medien. Herzlichen Glückwunsch an Thomas Schenk und Alex Quint zu diesem Preis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ALEX QUINT & THOMAS SCHENK. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Zur Geschichte der Bilder

EINWURF von Werner Köhne

Der Filmhistoriker Béla Balázs berichtet von einer Begebenheit aus den Anfängen des Kinos. Anlässlich der Vorführung eines Films des Pioniers Sergei Eisenstein beobachtet er, wie eine junge Frau mit Schreien des Entsetzens den Kinosaal verlässt.

Nach Ende der Vorführung fragt Bálázs die Frau, warum sie so heftig auf das Geschehen auf der Leinwand reagiert habe. Ihre Antwort: »Ich habe zerstückelte Menschen und halbierte Körper gesehen.« Was wir angesichts dieser Reaktion heute nur noch schwach nachempfinden können: Die Frau erfuhr – im Gegensatz zu uns abgebrühten Cineasten heute – die neue Technik des Cuts und der Montage als schmerzenden *Clash* zwischen gewohnter Körperwahrnehmung und einer neuen gespenstischen Abbildbarkeit dieses Körper.

Anders verhielt es sich, als der Maler Gerhard Richter uns seine Foto-*Paintings* von den toten RAF-Terroristen zumutete. Was uns angesichts der Bilder da tief in die Knochen fuhr, war die Art, wie Richter die Körper der Toten durch Unschärfe, Verschattung und Verwischung entwirklichte – aber gerade so eine neue Sicht auf das Wesentliche ermöglichte. Wir bekommen eine Ahnung von dem bleiernen Zeitgeschehen damals rund um den Tod der Terroristen; von hektischen Jagden über Autobahnen, von Schießereien in Vorstädten – kurz: In dieser bewussten Verunklarung und Verflüchtigung verdichtete sich das Bild von einer Republik im Ausnahmezustand und auf der Flucht vor ihrer Geschichte. Zuletzt hat uns eine kurze Filmsequenz – und weniger die noch berühmtere Handyaufnahme – aus der Fassung gebracht. Tatort Bergamo: In Morgengrauen abfahrende LKWs mit den Coronatoten (?). Auf diesen Filmausschnitt haben viele mit Panik reagiert. Der Schock wuchs dabei wohl auch aus einem plötzlich geweckten kollektiven Gedächtnis an den Holocaust, wo LKW-Kolonnen mit vergasten Juden Normalität waren. Die Frage um die Echtheit der Filmsequenz spielte übrigens vor drei Jahren kaum eine Rolle.

Kurzes Fazit der drei Fälle: Während uns heute die im Kino inszenierte fragmentierte Körperlichkeit kaum noch berührt, liefern uns die schattierten Fotos von Gerhard Richter Impulse zu einem tiefergehenden Verstehen. Die Filmsequenz aus Bergamo hingegen demonstriert, dass der Schock durch Bilder über die Wahrheit siegt. Was die herrschenden Cliquen zu nutzen wissen.



ARME MENSCHHEIT: DAS NÄCHSTE GROSSE GLOBALVERBRECHEN WARTET SCHON

Hinter Kriegslüsternheit und Klimawahn kommt nun eine neue Killervirusvariante um die Ecke | Von Dr. K. Herthneck

Wie immer sind die USA auch im Schlechten inzwischen Vorreiter der Welt: Im US-amerikanischen Ärzte-Widerstand macht heuer eine Info die Runde bezüglich der nächsten Plandemie. Aufhänger ist ein aktuelles *Fox-News*-Interview mit Senator Ron Johnson aus Wisconsin, der sagte, dass Covid-19 durch eine Elitegruppe von Menschen vorausgeplant war, um die totale Kontrolle über unser aller Leben zu erlangen.

Jetzt etabliert anscheinend die Biden-Verwaltung neue Covid-Restriktionen in den USA: Wie ein staatlicher *Whistleblower* in Julian-Assange-Tradition der Plattform *InfoWars* von Alex Jones mitteilte, sollen wohl als erstes Maskenmandate für die Transport- und Flugunternehmen gegen Mitte September wiedereingeführt werden. Bis etwa Mitte Oktober soll dann bereits der Maskenzwang wieder für alle Passagiere gelten. Das Portal *Pundit* berichtete in diesem Zusammenhang über Bidens aktuelle Kongress-Aufforderung zur finanziellen Förderung neuer Covid-Impfstoffe. Biden soll diesbezüglich schon vorgewarnt haben, dass jeder diese neue »Impfung« verpasst bekommen soll – und zwar unabhängig vom vorherigen »Impfstatus« einer Person.

DIE STERBLICHKEITSRATE MUSS ERHÖHT WERDEN

Natürlich kann man als außenstehender Analytiker dieser verdrehten Weltlage schon verstehen, dass aufgrund des inzwischen in gravierende Schieflage geratenen Globalkapitalismus unbedingt neue, grandiose Geldquellen erschlossen werden müssen. Doch deshalb ganze Bevölkerungen »Impf«-Experimenten auszusetzen erscheint mehr als nur eine unlautere Bereicherungspraxis, zumal diese Gewinne ja teuer erkauft werden durch die Körper der »Geimpften«. Es erinnert aber zugleich auch an einen der vielleicht wichtigsten Sätze der Menschheitsgeschichte: »Zur Einschränkung der demografischen Explosion müssen drastische Maßnahmen auch gegen den Willen der Völker ergriffen werden. Die Reduzierung der Geburtenrate hat sich als unmöglich oder unzureichend erwiesen. Also muss die Sterblichkeitsrate erhöht werden. Und wie? Mit natürlichen Mitteln: mit Hunger und Krankheit.« – Das soll der ehemalige US-Außenminister Robert McNamara bereits in den 80er-Jahren öffentlich gesagt haben (aus: »J'ai tout compris«, Nummer 2, Februar 1987, Editions Machiavel, in: Guylaine Lanctot 1995/2002: »The Medical Mafia« – ein heute leider besonders aktuelles Buch).

POLIT-PROPAGANDA ZUR SICHERUNG DER EINNAHMEQUELLEN

Sogenannte »Experten« der Medizin, aber auch gewissenlose Richter, die sich selbst ebenso für »Gesundheitsexperten« halten, haben bereits bei der Covidiotie das Argument verleugnet, dass natürliche Immunität nicht nur gleichwertig, sondern sogar jeder angeblichen »Impf«-Immunität haushoch überlegen ist; dasselbe wird sehr wahrscheinlich bald wieder geschehen, nur eben diesmal unter anderem Virusvorzeichen. Selbstverständlich gibt es aber hingegen natürliche und gesunde Wege gegen alle möglichen Krankheiten, und die allerbeste ist natürlich unser Immunsystem zu stärken. Sogenannte »Impfstoffe« schwächen offenbar das Immunsystem – manche sogar dauerhaft.

Sogenannte chemische »Arzneien« wären daher besonders kritisch zu hinterfragen bezüglich ihrer tatsächlichen Wirksamkeit in Anbetracht ihrer »Nebenwirkungen«. Vielleicht ist daher die in Mode gekommene Entwertung der Naturheilkunde einschließlich der Homöopathie nichts anderes als Polit-Propaganda zur Sicherung der eigenen Einnahmequellen? Bis zum Auftreten von *Big Pharma* war jegliche Medizin Heilung mit Naturmitteln, die auf unser altes, mächtiges Immunsystem bauten.

Vielleicht finden wir daher jetzt wieder einen neuen Zugang zu dem Teil unseres Körpers, der uns Jahrtausende sicher überleben ließ? Das könnte uns die Angst vor neuen Krankheitsgefahren nehmen. Denn wer in Angst lebt, wird krank. Lebensmut hingegen ist das Lebenselixier.



Demokratin macht klar: Jetzt kommt Gegenwind. Foto: Georgi Belickin/DW

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS ALS FARCE

Am 1. September 2023 fand im brandenburgischen Landtag die siebte Sitzung des parlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses statt. Die Zeugen waren brisant.

Vorgeladen waren: Lothar Wieler, der mittlerweile ehemalige Chef des Robert-Koch-Instituts (RKI), und Brigitte Keller-Stanislawski, Leiterin der Abteilung Sicherheit von biomedizinischen Arzneimitteln und Diagnostika des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI). Der brandenburgische Untersuchungsausschuss war auf Betreiben der AfD-Fraktion im Landtag eingerichtet worden und ist der einzige seiner Art in ganz Deutschland. Der Bundestag hatte sich dezidiert gegen einen deutschlandweiten Untersuchungsausschuss ausgesprochen, dennoch wurden im brandenburgischen Landtag nur Fragen zugelassen, die für die Vorsitzenden der Sitzung einen einhundertprozentigen Brandenburg-Bezug hatten. Dies öffnet Willkür Tür und Tor, ein Großteil der kritischen Fragen an die Coronafunktionäre wurde unter diesem Vorwand nicht zugelassen.

Mindestens erstaunlich war außerdem, dass sowohl Lothar Wieler als auch Brigitte Keller-Stanislawski nur bedingt aussagebefähigt waren. Ein Behördenmitarbeiter flüsterte dem Tierarzt Wieler Antworten ins Ohr oder schob ihm Zettel zu, bis er weggesetzt wurde. Und die PEI-Funktionärin Keller-Stanislawski hatte laut eigenen Angaben nur eine eingeschränkte Aussagegenehmigung. »Echte Aufklärung wird es erst geben, wenn Menschen an der Macht sind, die an Aufklärung interessiert sind«, so die Einschätzung der anwesenden demokratischen Krankenpflegerin Sabrina Kollmorgen gegenüber dem *DW*. »Gut, dass es ihn gibt, aber der Ausschuss hat schon etwas von einer Farce.« Die nächste Sitzung soll am 13. Oktober 2023 stattfinden. (hes)

MELDUNG

UNFRUCHTBARKEIT NACH IMPFUNG

Berlin/DW. Ein Arbeitspapier des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung sorgt für Aufregung. Darin kommen die Autoren zu dem Ergebnis: »Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen dem Beginn von Impfprogrammen und dem Rückgang der Fruchtbarkeit neun Monate nach Beginn dieser Programme«, heißt es in dem Dokument der Behörde. Die Informationen waren bereits im Juni 2022 verfasst worden und sickerten jetzt an die Öffentlichkeit. Man kann demnach davon ausgehen, dass den maßgeblichen Stellen diese Wirkung der Impfung bekannt war. (hes)

WIEDERAUFNAHME

Genf/DW. »Im Vorfeld der Wintersaison auf der nördlichen Erdhalbkugel beobachten wir besorgniserregende Covid-19-Trends«, so der WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus am 6. September 2023 in Genf. Die WHO müsse deshalb Machtbefugnisse behalten und dazugewinnen. In den letzten Wochen waren in einigen Ländern erneut Coronamaßnahmen eingeführt worden, so beispielsweise in Israel. (hes)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.527
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.158
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	94.943
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.514
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	81.735
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.036
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.686
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	595.599

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Gedankenverbrechen nach Paragraph 140 StGB

Durch eine noch nicht begangene Straftat soll bereits der öffentliche Frieden gestört sein
Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Im Oktober 2020 beschloss das Bundeskabinett ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität. Bundesjustizministerin Lambrecht betonte, dass das Gesetzespaket gegen »Hass und Hetze […] für die Verteidigung unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats von zentraler Bedeutung« sei. Durch das Gesetz wurden zahlreiche Straftatbestände angepasst – so auch der Paragraph 140 StGB, die Billigung von Straftaten.

Der Unterschied zu der früheren Fassung des Paragraphen 140 StGB ist, dass damals tatsächlich eine Straftat begangen werden oder zumindest der Versuch einer Straftat erfolgt sein musste, die der Täter des Paragraphen 140 StGB dann anschließend »billigte«. Nach der Neufassung ist dies nun aber nicht mehr erforderlich, was bedeutet, dass gar keine Straftat vorliegen muss, sondern lediglich eine noch gar nicht vorliegende Tat gebilligt werden muss – ein reines Gedankenverbrechen. Die Vorschrift schützt nach herrschender Meinung den öffentlichen Frieden und möchte die Entstehung eines »psychischen Klimas« verhindern, in dem gleichartige Untaten gedeihen können. Es ist festzustellen, dass sich ein psychisches Klima noch im Vorfeld von denkbaren Tatentschlüssen einer empirischen Feststellung weitgehend entzieht. Worum es also in Wirklichkeit geht, ist, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden soll – im Kampf gegen Hass und Hetze.

Wegen der Unbestimmtheit des Tatbestandes kommen aber zahlreiche Juristen zu einer sehr kritischen kriminalpolitischen Einschätzung der neuen Vorschrift. Teilweise ist man sogar der Auffassung, dass die Schutzzweckbestimmung des Paragraphen 140 StGB in ihrer Konturlosigkeit ungeeignet ist, die Strafdrohung des Tatbestands rechtsstaatlich überhaupt zu legitimieren. Jetzt wird die Tathandlung der Billigung von Straftaten also vom Erfordernis gelöst, dass überhaupt eine Straftat begangen oder in strafbarer Weise versucht sein muss. Strafbar ist schon, wenn der Täter eine zukünftige Straftat billigt. Es soll dabei genügen, dass der Täter die Tat in ihren wesentlichen Merkmalen umreißt, ohne die Einzelheiten zu kennen. Hierdurch verschärft sich das Problem der ohnehin bereits gegebenen tatbestandlichen Unbestimmtheit und Weite. Die Frage nach der Legitimität von Vorfeldkriminalisierung löst immer wieder kriminalpolitische Debatten aus. Der Schutz von Rechtsgütern durch Vorfeldkriminalisierung ist nur dann verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, wenn eine genaue Abwägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes diese Vorverlagerung als angemessen erscheinen lässt. Der Bogen der Verhältnismäßigkeit ist bei der Änderung des Paragraphen aber sicher überspannt worden, was sich bereits in der Praxis zeigt.

Ferner ist erforderlich, dass der Täter des Paragraphen 140 StGB in einem zweiten Schritt noch die zukünftige, nicht in allen Umständen und Einzelheiten bekannte Straftat, gerichtet auf eine ungewisse Zukunft, billigt. Das strafrechtliche Schutzgut des öffentlichen Friedens wird definiert als »der Zustand allgemeiner Rechtssicherheit und des befriedeten Zusammenlebens der Bürger als auch das im Vertrauen der Bevölkerung in die Fortdauer dieses Zustands begründete Sicherheitsgefühl«. Können Sie sich darunter etwas vorstellen?



Diese Demokratin wusste bereits zur Zeit der Maskenpflicht 2021, wo die Reise hingeht. Foto: Georgi Belickin

Warum aber bei einer vagen Vorstellung einer noch gar nicht begangenen Straftat bereits der öffentliche Frieden gestört, also das Vertrauen in die Geltungskraft der Rechtsordnung, erschüttert sein soll, vermag ich nicht nachzuvollziehen.


Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Unglaublicher Verdacht: Probte Aiwanger den Hitlergruß bereits im Mutterleib?

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, haben Sie sich auch schon Ihren Gentherapie-*Booster* abgeholt? Oder warten Sie lieber auf die neuen Injektionsstoffe? Oder gar auf die ersten Ramschangebote – also Spritze mit Gratis-Bratwurst dazu?

»Es ist noch Suppe da: Das Bundesgesundheitsministerium sitzt auf mehreren Millionen Dosen älterer Corona-Impfstoffe», schreibt die Ärztezeitung. Suppe? Plörre wäre treffender – von dieser soll es ab Mitte des Monats eine angepasste Version geben. Ist doch super. Zumal Politik und Medien wieder gemeinsam Angst und Panik schüren. Eris ist bereits Vergangenheit, die neue Killervirusvariante heißt Pirola. *Der Spiegel* fordert schon: »Holt die Masken wieder raus!« Mehr noch: »Wer klug ist, trägt Maske – auch ohne staatlichen Zwang«. Klingt echt krank. Ich sage: Wer klug ist, liest sicher nicht den *Spiegel*.

Für reichlich Erheiterung sorgte zuletzt die vermeintliche Flugblatt-Affäre um Hubert Aiwanger, den die ach so seriöse *Süddeutsche Zeitung* ganz schamlos mit Hilfe eines früheren Lehrers von Aiwanger und natürlich rein zufällig pünktlich zum Briefwahlstart der bayerischen Landtagswahlen losgetreten hatte. Gefühlt kamen die Konzernmedien fast stündlich mit neuen Enthüllungen um die Ecke, die belegen sollten, dass der Chef der Freien Wähler ein Antisemit sei. Mal waren es Hakenkreuz-Schmierereien auf dem Schulklo, mal judenfeindliche Witze, die er damals in den 80er-Jahren gemacht haben soll. Nichts war den *Mainstream* peinlich genug. Was fehlte, war einzig die Meldung, dass Aiwanger bereits einst im Mutterleib den Hitlergruß einstudiert haben soll, was entsprechende Ultraschallfotos belegen würden. Na ja, das kommt vielleicht noch. Ich halte nichts mehr für ausgeschlossen.

Mein Mitleid mit Aiwanger hielt sich übrigens von Anfang an in Grenzen, schließlich hat er als stellvertretender Ministerpräsident Bayerns sämtliche Corona-Maßnahmen mitgetragen. Inzwischen ist Mitleid auch aus einem anderen Grund nicht angebracht, denn obwohl er in dieser Posse nicht die beste Figur abgab, scheint er als Sieger aus ihr hervorgegangen zu sein, was mich amüsiert, weil es SPD, Grüne und Söder gerne anders gehabt hätten. Ebenso erfreulich: Das Volk lässt sich offenbar nicht jeden noch so absurden Schwachsinn auf die Nase binden. Das lässt hoffen, sollten sie mit der Plandemie nun wirklich weitermachen wollen.


Ein Ultraschallfoto als Beweis, um Aiwanger endlich überführen zu können für etwas, das er nie getan hat: Wie kann es sein, dass die Süddeutsche Zeitung darauf noch nicht gekommen ist? Foto: Creative Commons

Was ich auch witzig fand: Aiwanger sollte sich daran erinnern, was sich vor über 30 Jahren in seinem Schulranzen befand, während Olaf Scholz nicht einmal mehr wissen will, was in Sachen CumEx erst vor wenigen Jahren … Ach nee, lassen wir das. Der Kanzler erklärte jüngst, dass er sich »noch an alle Details des Apollo-11-Fluges« bei der Mondlandung erinnern könne. Ups, wann war die gleich nochmal? Na ja, Humor ist, wenn man trotzdem lacht – oder eben grinst, wie es Scholz so gut kann. In diesen Tagen kommt er wie ein geprügelter Hund daher – im Piratenlook mit Augenklappe. Auf die Schlagzeile »Scholz gestürzt« haben viele sehnsüchtig gewartet. Jetzt war sie da. Und dennoch geht das Warten weiter.

Haben Sie eigentlich schon von Barbara gehört? Nein, ich meine nicht Heinos »schwarze Barbara«, sondern die grüne Barbara. Die Domke aus Cottbus, diese Stadträtin. Jetzt zieht sie sich aus der Kommunalpolitik zurück. Was für ein herber Verlust. Im Internet soll eine Hasskampagne gegen sie laufen. Gegen sie, die nette Dame, die im *Mainstream* als unbequem gilt, vor allem gegenüber – na, klar – Rechtsextremen. Andersdenkende sind allerdings auch nicht so ihr Fall. Doch der Reihe nach: Ende August echauffierte sich Barbara im *X-Space* eines freien Journalisten über das Thema Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Als ein Teilnehmer

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

erwähnte, dass viele Menschen unter den Corona-Maßnahmen gelitten hätten, rastete sie aus, faselte lautstark von »kruden Verschwörungstheorien« und einem »scheiß Gelaber«. Und: »Ihr tut alle so, als ob hier drei Atombomben heruntergefallen sind.« Die Querdenker hätten »Morde begangen« und »ihre Kinder krank gemacht«. Daher sei allenfalls in diesem Bereich eine Aufarbeitung nötig. Aber dem noch nicht genug: Angesprochen auf ihre Expertise zur sogenannten Impfung, erwiderte sie: »Ich verdiene 25.000 Euro im Monat. Ich kann mir die ganzen Studien kaufen und damit überschwemmen wir euch.« Nun ja, eine Grüne eben. Die sind ja bekanntlich meist sehr gebildet, drücken sich »*fucking*« gewählt aus und sind auch sonst ganz sympathisch. Deshalb verwundert mich diese Hass-Kampagne gegen sie doch ein wenig.

Vielleicht hat es damit zu tun: Diese Barbara, die glaubt, mit ihrem vielen Geld alles kaufen zu können, war nach einem verlorenen Prozess gegen einen vermeintlichen Neonazi 2021 »so *lost*«, dass sie ein Spendenkonto eröffnete, um die Anwaltskosten und Verfahrensgebühren bezahlen zu können. Sie nahm fast 12.000 Euro ein, obwohl sich die Forderungen gegen sie auf weniger als 3.000 Euro beliefen. Und am 17. Juli 2022 ließ sie in den sozialen Medien ihre *Follower* wissen, dass sie »nach einer 15-stündigen Autofahrt erschöpft auf unserem Campingplatz angekommen« sei. Gerade aus dem Urlaub zurück, forderte sie am 11. August 2022 »einen extrem harten *Lockdown*. Jetzt sofort! Wenn wir nicht sofort handeln, werden wir in wenigen Jahren unseren Kindern nur noch eine Wüste hinterlassen. Unser Lebensraum ist massiv in Gefahr!« Was sagt uns all das? Charakter, Anstand und Moral hat man oder eben nicht, für alles andere gibt es (noch) das gute alte Bargeld.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



ZWEI JAHRE HAFT FÜR DIE BEUGUNG VON UNRECHT

KOLUMNE RECHTSSTAAT

Von Prof. Dr. Martin Schwab

Der Weimarer Richter Christian Dettmar hatte versucht, mittels gerichtlicher Anordnung die Quälerei von Kindern durch Masken- und Testpflicht in der Schule zu unterbinden. Dafür verurteilte ihn das Landgericht Erfurt jetzt zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Wegen Rechtsbeugung. Ein krasses Fehlurteil.

Die mündliche Urteilsbegründung, die der Vorsitzende Richter am 23. August 2023 verlas, ist auf der *Homepage v*on Rechtsanwalt Gerhard Strate, einem der Verteidiger von Christian Dettmar, abrufbar. Danach handle es sich nicht schon deshalb um Rechtsbeugung, weil Christian Dettmar sich eine nicht vorhandene Zuständigkeit angemaßt hätte. Denn über die Frage, ob Familiengerichte dafür zuständig sind, gegen die Gefährdung des Kindeswohls in öffentlichen Schulen einzuschreiten, oder ob diese Aufgabe nicht exklusiv den Verwaltungsgerichten vorbehalten ist, könne man füglich streiten.

Rechtsbeugung, so das LG Erfurt weiter, hätte wohl auch dann nicht vorgelegen, wenn Christian Dettmar das Verfahren von Amts wegen eingeleitet hätte. Hier habe er aber zielgerichtet nach Kindern gesucht, für die er nach dem Geschäftsplan des AG Weimar zuständig gewesen sei, und habe diese dazu animiert, entsprechende Anträge zu stellen. Zudem habe er die Gutachter, deren Expertise für seine Entscheidung leitend gewesen sei, einseitig ausgewählt – es habe sich um bekannte Kritiker der Corona-Maßnahmen gehandelt. Es habe seiner vorgefassten Absicht entsprochen, diese Gutachten wörtlich in seiner Entscheidung abzudrucken. Deren Ergebnis habe somit von vornherein festgestanden. Der Landesregierung habe er nur eine sehr kurz bemessene Frist zur Stellungnahme eingeräumt.

Christian Dettmar sei also befangen gewesen. Rechtsbeugung habe er dadurch begangen, dass er seine Voreingenommenheit nicht offengelegt habe. Auf die Frage, ob Masken und Tests für die Kinder tatsächlich schädlich seien, komme es nicht an. Das LG Erfurt hatte bereits zuvor einen



Polizisten kontrollieren zur Zeit der Maßnahmen ein medizinisches Attest. Die Entscheidung darüber, ob sie es anerkannten oder nicht, erfolgte willkürlich. Foto: Georgi Belickin/DW

entsprechenden Beweisantrag der Verteidigung abgelehnt.

DAS URTEIL DES LG ERFURT IST RECHTLICH HALTLOS

Zunächst zur Konstruktionsidee eines Kindeswohl-Verfahrens nach § 1666 BGB: Es handelt sich um eines der ganz wenigen Gerichtsverfahren, in dem das Gericht von sich aus tätig wird. Das Prinzip »Wo kein Kläger, da kein Richter« gilt in einem solchen Verfahren also nicht. Der Richter darf, wenn man so will, ausnahmsweise Polizei spielen. »Anträge« in dem Sinne, dass jene, die sie stellen, einen Anspruch auf Bescheidung haben, gibt es nicht. Man kann ein solches Verfahren allenfalls anregen, und selbst wenn dies geschieht, bleibt es ein Verfahren von Amts wegen. Daher war es völlig unerheblich, ob Christian Dettmar das Verfahren einfach einleitete oder aber vorher einzelne Eltern schulpflichtiger Kinder zu entsprechenden Anregungen animierte.

Ein Kindeswohl-Verfahren darf ein Familienrichter aber nur einleiten, wenn er tatsächliche Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls wittert. Der Richter stößt das Verfahren also gerade deshalb an, weil er sich eine vorläufige Meinung gebildet hat – in diesem Fall in dem Sinne, dass die Kinder an Masken und Tests Schaden nehmen. Die Tatsache, dass er sich diese vorläufige Meinung bildet, macht ihn also noch nicht befangen. Einem Strafrichter sollte diese Gedankenoperation eigentlich bekannt sein. Wenn er nämlich eine Anklage zur Hauptverhandlung zulässt, darf er das nach § 203 StPO nur, wenn der Angeschuldigte der angeklagten tat hinreichend verdächtig ist. Der Strafrichter eröffnet also das Hauptverfahren, wenn und weil er nach Aktenlage eine Verurteilung für wahrscheinlich hält. Die Strafprozessordnung nimmt es hin, dass der Strafrichter bereits eine Tendenz erkennen lässt, wohin die Reise geht. Warum soll das bei einem Familienrichter anders liegen? Was die angeblich einseitige Gutachterauswahl anbelangt, verwundert es, dass das LG Erfurt bezüglich der einseitigen Expertenauswahl durch die Bundesregierung – die sich ausschließlich von Alarmisten beraten ließ – keinerlei Störgefühl erkennen lässt. Christian Dettmar durfte der Landesregierung auch eine kurze Frist setzen, um Stellung zu nehmen und eigene Gutachter zu benennen. Denn man wird ja wohl erwarten dürfen, dass die Landesregierung in Thüringen vor Erlass von Masken- und Testpflichtverordnungen eigene Recherchen angestellt hat, ob das Kindeswohl gefährdet ist, und entsprechende Evidenz auf Knopfdruck liefern kann! Aber selbst wenn man unterstellt, Christian Dettmar habe elementare Rechtsgrundsätze dadurch verletzt, dass er befangen gewesen sei und dies verschleiert habe, ist doch eines zu beachten: Bei der Verletzung von Zuständigkeitsvorschriften liegt Rechtsbeugung nur vor, wenn die konkrete Gefahr einer inhaltlich falschen Entscheidung erhöht wurde. Denn alle Richter haben das gleiche juristische Handwerk gelernt.

Hier war die Gefahr nur erhöht, wenn das Kindeswohl durch Masken und Tests tatsächlich nicht gefährdet war. War es gefährdet, hätte kein Richter der Welt anders entscheiden können und dürfen, als Christian Dettmar es getan hat. Egal ob befangen oder nicht. Egal ob Amtsrichter in einer familiengerichtlichen Abteilung oder Verwaltungsrichter. Dem Beweisantrag der Verteidigung zu den Schäden durch Masken hätte das Gericht daher nachgehen müssen. Und das Ergebnis dieser Beweisaufnahme hätte der Landesregierung von Thüringen eine peinliche Blamage beschert.

Sowohl Christian Dettmar als auch die Staatsanwaltschaft haben Revision eingelegt. Das Urteil des LG Erfurt bildet den absoluten Tiefpunkt der ohnehin schon massiv kritikwürdigen Corona-Justiz in Deutschland. Das fatale Signal an die Richterschaft lautet: Wer es wagt, die Narrative der Maßnahmen-Propaganda auf den Prüfstand einer gerichtlichen Beweisaufnahme zu stellen, wird gut sichtbar hoch im Dorf aufgehängt.

MELDUNG

FAESER ZUNEHMEND IN DER KRITIK

Berlin/DW. Sven Hüber, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Bundespolizei und Duzfreund von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), war Politoffizier und stellvertretender Kompaniechef bei den DDR-Grenztruppen. In Hübers Grenzabschnitt wurde 1989 auch Chris Gueffroy ermordet, das letzte Todesopfer an der Berliner Mauer, das durch den Einsatz von Schusswaffen ums Leben kam. Dies berichtet das Portal *Apollo News*. Auf *X* gab er jüngst den Moralapostel im Hinblick auf die angeblichen Jugendsünden von Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Derweil erhöhen laut *Bild* CDU/CSU den Druck auf die Innenministerin. Es geht um die skandalöse Entlassung von Arne Schönbohm, Ex-Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Dieser hatte am 17. Oktober 2022 die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst beantragt, nachdem Jan Böhmermann in seiner Sendung »ZDF Magazin Royale« zuvor über vermeintliche Kontakte des BSI-Chefs zum russischen Geheimdienst berichtet hatte. Der Zeitung zufolge führte Faeser sogar den Verfassungsschutz gegen den unschuldigen Schönbohm ins Feld. Einer Befragung im Ausschuss verweigert sie sich hartnäckig. (kmü)

GYSI-RÜCKTRITT: LINKS-PARTEI ZERLEGT SICH WEITER

Berlin/DW. Nach gut drei Jahren als außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion hat Gregor Gysi, einer der bekanntesten Linken-Politiker im Land, sein Amt nun niedergelegt. Er werde die Funktion von der nächsten Sitzungswoche des Bundestages an »nicht fortsetzen«. Gründe für seinen Schritt nannte der 75-Jährige nicht. Angeblich soll er seinen Entschluss dem Vorstand bereits vor einiger Zeit mitgeteilt haben. Die Krise der im Sturzflug befindlichen Partei spitzt sich somit weiter zu. (kmü)

EINREISEQUARANTÄNE WÄHREND CORONA WAR UNWIRKSAM

München/DW. Wie der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (Bay VGH) im August entschied, war die Einreisequarantäne-Verordnung während der sogenannten Corona-Pandemie unwirksam. Grund: Die bloße Einreise aus einem Risikogebiet begründe keinen hinreichenden Ansteckungsverdacht, dieser verlange vielmehr eindeutige Symptome und eine entsprechende Anamnese oder den Kontakt mit einer infizierten Person. Der VGH Bayern hatte zuvor bereits die Ausgangsbeschränkung und das Versammlungsverbot für unwirksam erklärt. (kmü)

SPRINGER-CHEF: MENSCHEN WENDEN SICH VON LEITMEDIEN AB

Berlin/DW. In einem *Bild*-Kommentar zur Aiwanger-Affäre unter der Überschrift »Totalschaden« schreibt Springer-Chef Mathias Döpfner u. a.: »Noch mehr Menschen wenden sich von einigen sogenannten Leitmedien ab.« Als Gründe führt er »politische Einseitigkeit, Vorverurteilung und moralische Doppelstandards« an. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag • ab 18.00 RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Marktplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum	Ort	Art
Sa, 9.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 9.9.2023 13-18 Uhr	Berlin, Breitscheidplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 9.9.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-Bhf Wollankstraße	Autokorso
Sa, 9.9.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 9.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 9.9.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 9.9.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 9.9.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 9.9.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 9.9.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 10.9.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 11.9.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz 20	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 11.9.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 11.9.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 11.9.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 11.9.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-20 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 11.9.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 11.9.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 11.9.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 11.9.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 11.9.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 12.9.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 12.9.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 12.9.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 12.9.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 12.9.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 13.9.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 13.9.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 13.9.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 13.9.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 13.9.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 13.9.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 13.9.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 13.9.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 13.9.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 13.9.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 13.9.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 14.9.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 14.9.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 14.9.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 14.9.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 14.9.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 14.9.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 14.9.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 14.9.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 14.9.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 15.9.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 16.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 16.9.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 16.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 16.9.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 16.9.2023 14-19 Uhr	Freiburg, am Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 16.9.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 16.9.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 16.9.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 16.9.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 23.9.2023 14-19 Uhr	Wuppertal, Geschwister- Scholl-Platz	Demo und Aufzug
Mo, 2.10.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Di, 3.10.2023 10-22 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Mi, 4.10.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



DER DRITTE MANN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Kennen Sie den Filmklassiker »Der dritte Mann« nach dem gleichnamigen Roman von Graham Greene? Die Handlung spielt in Wien kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Amerikaner Holly Martins wird von seinem in dieser Stadt lebenden Freund Harry Lime eingeladen. Gerade in Wien angekommen, erfährt Holly, dass Harry bei einem Verkehrsunfall umgekommen sein soll.

Martins bekommt mit, dass es Ungereimtheiten rund um das Unfallgeschehen gibt. Er bleibt deshalb in der Stadt und erhält die Information, dass Lime in Geschäfte mit gestohlenem Penicillin verwickelt war. Und dieses wurde zur weiteren Gewinnmaximierung gestreckt. Die behandelten Patienten sterben oder erleiden dauerhafte gesundheitliche Schäden.

Schließlich verdichten sich die Hinweise, dass der Freund doch noch am Leben ist. Es kommt zur Begegnung von Harry und Holly im Wiener Prater. Sie steigen in eine Gondel des dortigen Riesenrads. Während des Gesprächs bei der Fahrt nach oben fragt Holly: »Hast Du jemals das Kinderspital besucht? Hast Du je eines deiner Opfer gesehen?« Harry rechtfertigt seine Geschäfte mit dem Penicillin: »Opfer? Sei nicht so theatralisch, Rollo. Schau da hinunter!« Er deutet auf die Menschen am Fuß des Riesenrads. »Würdest du es dir wirklich zu Herzen nehmen, wenn einer dieser Punkte aufhört, sich zu bewegen – für immer? Wenn ich dir sagte, alter Freud, du könntest zwanzigtausend Pfund verdienen für jeden Punkt dort unten, der krepiert, würdest du mir allen Ernstes und ohne ein Zögern antworten, ich solle mein Geld behalten? Oder würdest du anfangen, mit Punkten zu rechnen? Einen fähigen Mann kann man nicht unterkriegen.« Das Lächeln von Lime, im Film gespielt von Orson Welles, wirkt dämonisch.

Diese Szene kam mir vor kurzem in den Sinn. Anlass war eine Zeitungsüberschrift, die wie das Ergebnis eines Fußballspiels verkündet wurde: »Allein 120.00 tote Russen. Die Zahl der Verlusvte im Ukraine-Krieg nähert sich einer halben Million«

Diejenigen, die auf allen Ebenen für Kriege verantwortlich sind und auch an ihnen verdienen, werden wie ihre Kinder nicht an der jeweiligen Kriegsfront kämpfen. Hochrangige Politiker reichen sich lächelnd vor Journalisten die Hände und geben weitere Lieferungen von Waffen beziehungsweise deren dankbare Entgegennahme bekannt. Der grinsende Harry Lime, dem die aus der Gondel des Riesenrads nur als Punkte erkennbaren Menschenleben egal sind, erscheint mir präsenter denn je.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

DER TAG, AN DEM ES ALLE SPÜREN

Wird das Regime nochmals loslegen? | Einige Gedanken von Anselm Lenz

»Wer in die bessere Welt aufbrechen will, macht nicht die guten Leute fertig – sondern am besten gar niemanden. Unsere Gegner sind nichteinmal überdrehte »Gutmenschen«, sondern nichts anderes als Neofaschisten neuen Typs. Was unter anderem mit diesen Vorgängen bewiesen wird!«

Das schrieb ich im 630. Rundbrief per E-Mail am Mittwoch an die Leser und meinte damit die Vorgänge um Professor Rudolph Bauer, der für seinen Kunstband von Regime angegriffen wird (DW berichtete). Die Newsletter, mit denen die neue Friedens- und Demokratiebewegung ab Mitte März 2020 auf die Beine kam und ab 28. März 2020 bundesweite Spaziergänge Demonstrationen entfaltete, ist zu beziehen über NichtOhneUns.de.

»... haben wir soeben die Mitteilung bekommen, dass der Impfzwang abgelehnt wurde!!« (unbändiger Jubel). Am 7. April 2022 feierten Tausende Demokraten um Captain Future in Berlin die erfolgreiche Abwehr des Todesspritzenzwanges auf den Berliner Straßen. Der Bundestag hatte nach zweieinhalb Jahren des friedlichen Kampfes von Millionen überzeugter Demokratinnen und Demokraten in der BRD den nächsten Schritt in die Tyrannei nicht mehr gewagt.

Hinzu kam sicherlich, dass ab 24. Februar 2022 der russisch-amerikanische Stellvertreterkrieg in der Ukraine begonnen hatte. Das Terrorregime traute sich nicht beides zugleich zu, die Injektionspropaganda, die Unterdrückung des Staatsvolkes und zusätzlich die Kriegspropaganda, 100 Milliarden Kriegskredite und Rüstung.



»Nie wieder ist jetzt«: Berliner Demokratin macht die Sache klar. Foto: Georgi Belickin/DW

Nun scheint der merkwürdige und vor allem für die Ukrainer desaströse Krieg in die vorläufige Zielgerade einzubiegen. Die vielbeschworene ukrainische Gegenoffensive ist gescheitert, die Front nahezu »eingefroren«. Da tut sich nicht mehr viel und »die Russen« haben, was sie wollten. Nun macht sich das Corona-Regime wieder ans »Werk« und will mit neuen Fake-Weltuntergangsviren auftrumpfen. Das Ziel: Der Injektionszwang.

Die Frage, die sich viele Menschen stellen, lautet meiner begründeten Wahrnehmung nach: Wird es im Herbst zu dem Tag kommen, an dem wir Aufgeklärten »es spüren«, uns mit weiteren Millionen bislang Schweigenden wiederfinden und die Sache unmissverständlich beenden, ohne uns aufhalten zu lassen, ohne Symboliken und Appelle, ohne Zaudern, Verzögern und Nörgeln, um demokratische Verfassungserneuerung und Volksabstimmungen »von unten« einzuleiten?



SO SCHAUT'S AUS

Das BRD-Regime griff von März 2020 bis April 2022 systematisch und fast durchweg fanatisch kriminell das eigene Volk an. Es waren keine Einzelfälle. Es geschah methodisch, flächendeckend, wahllos und exzessiv.

Politisch verantwortlich für diesen Tritt auf den Kopf in mörderischer Absicht (auf dem Bild, August 2021) war der damalige Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD), der sich auch zwei Jahre später noch auf freiem Fuß und sogar in einem Amt befindet.

Vor dem Herbst 2023 stellen sich viele Bürger die Frage, ob das angreifende Terrorregime die Menschen noch einmal so unvorbereitet und arglos Herzschilder hochhaltend antreffen werde.

Die Selbstdelegitimierung des BRD-Apparates ist weltweit Thema. Unabhängige Journalisten klären auf. (jro)

IN DIE OFFENSIVE: SONDERAUSGABE DW#150

Für die Ausgabe 150 dieser Zeitung organisieren wir aus gegebenen Anlass eine große Verteileroffensive. Diese Zeitung erreicht von Beginn an Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind.

Für diese Ausgabe arbeiten wir dezidiert den Corona-Komplex auf. Zu Wort kommen werden Dr. Gunter Frank, Ernst Wolff, Peter Hahne uvm. Über die Internetseite demokratischerwiderstand.de/verteilen können Sie diese Zeitung bestellen.

Geben Sie bei der Überweisung im Verwendungszweck neben der Versandadresse auch das Stichwort »OFFENSIVE 150« an, damit wir die Bestellung für diese Sonderausgabe zuordnen können.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-AUFNAHME

Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Diesmal: Einige Zeilen von A.L. an K.S.S.

Lieber Kayvan!
Ich danke Dir auf diesem Wege für die Kollegialität und die punktuelle und doch sehr intensive Zusammenarbeit. Seit Frühjahr 2020 ist ein Vertrauensverhältnis von Haltbarkeit entstanden, das seinesgleichen sucht. Dies in einer Phase, in der Verrat, Spaltung, Denunziation und Verleumdung zur Regel geworden sind.

Diese totalitär-disruptive Gesellschaftssituation, die absichtlich hergestellt worden ist, färbt leider – hie und da – auch auf schwächere Seelen und Neider innerhalb der neuen Außerparlamentarischen Opposition ab. Du kennst all diese Effekte bereits. Wir wissen zudem, dass Missgunst und Zwietracht absichtlich in Aufklärungskreisen gestreut werden. Hinzu kommen menschliche Affekte unter Stress, von denen auch die Mutigen und Wahrhaftigen nicht frei sind. Nach dem gezielten Versuch, mich und meine Zeitung ab Mai 2022 systematisch durch Rufschädigung und Aufreiben bewegungsintern fertig zu machen (nach der erfolgreichen DW-Gala in der Großen Freiheit 36 in Hamburg), verschafftest Du Dir erstmal einen Überblick.



»Dieses Bild von der Wirklichkeit in der BRD der Gegenwart ging um die ganze Welt. Wird das Regime im Herbst 2023 wieder uns Menschen angreifen? Werden wir Menschen diesmal konsequent vorbereitet und handlungsfähig sein, anstatt nur mit Telefonen zuzuschauen? Werden sich die anwesenden Männer endlich wieder für die Frauen einsetzen, anstatt von Sozialarbeit, Videoshows und Stuhlkreisrunden zu quatschen?«
– Batseba N'diaye, Journalistin, Menschenrechtlerin und Mutter in Berlin

Viel Fleisch war und ist nicht dran an den gestreuten Gerüchten und Volten. Damit fragtest Du dann bei mir nach, durchaus konfrontativ. Dann gingen wir zur öffentlichen Bestandsaufnahme über, der ich aus Zeit- und Kraftmangel nicht voll gerecht werden konnte (jede Woche Zeitung, Verlag, Demonstrationen, Gerichtstermine und zwei kleine Kinder unter zwei Jahren daheim). Trotzdem war es ausgezeichnet, die bislang 16 Ausgaben zu machen – und das Ende ist noch nicht erreicht. Es wird weitergehen, ich freue mich!

Mehr zur DW-Akademie im Rundbrief (siehe NichtOhneUns.de) und in den kommenden DW-Ausgaben. Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub.

Zwischen den Stühlen

Widersprüche im Widerstand. Ein Interview | Von Michael Schuch

M.S: Könnten Sie sich den Lesern einmal vorstellen?
S.U.I: Ich bin Ü50 und lebe in Nordrhein-Westfalen. Seit einigen Jahren arbeite ich in einer christlichen Organisation in leitender Funktion. Zuvor war ich als Geistes- und Sozialwissenschaftlerin über zehn Jahre selbstständig.

M.S: Sie schreiben seit etwa einem Jahr immer wieder Kolumnen für die Christen im Widerstand. Was ist Ihre Motivation?
S.U.I.: Während der Coronakrise musste ich feststellen, dass auch mein christliches Umfeld sehr stark unter dem Einfluss der *Mainstream*-Medien stand. Ich suchte einerseits nach Möglichkeiten, dieser Massenmanipulation etwas entgegen zu setzen, was jedoch meist auf Ignoranz oder Ablehnung stieß. Zum anderen war ich von Anfang an davon überzeugt, dass Gott uns allen etwas zu sagen hat und wir nun hören müssen, wenn weltweit so viel Böses geschieht. Im DW sehe ich eine Plattform, wo viele aufrichtige Menschen Wahrheit suchen – und vielleicht Interesse an einer biblischen Deutung der aktuellen wirren Ereignisse haben.

M.S: Sie veröffentlichen Ihre Texte anonym. Warum?
S.U.I: Bei einer christlichen Organisation zu arbeiten, ist etwas anderes als in der freien Wirtschaft. Auch privat leben wir aus Überzeugung unseren christlichen Glauben und verhalten uns compliant (dt. nach den vorgegebenen Regeln) gegenüber unserem Betrieb. Nun gibt es aber auch Ringen und Diskrepanzen zum Beispiel im Umgang mit dem Staat. Wir Christen leben in der Spannung zwischen der Aufforderung »Seid untertan der Obrigkeit« (Römer 13,1) und der klaren Anweisung »Gott mehr zu gehorchen als den Menschen« (Apostelgeschichte 5,29). Und es gibt unterschiedliche Einschätzungen darüber, inwiefern ein Mitwirken beim *DW* rufschädigend ist, sowohl für mich als auch für die Organisation. Eine namentliche Mitwirkung bei DW wurde deshalb von der Leitung abgelehnt.

M.S: Wenn Ihr Arbeitgeber dieses private Engagement missbilligt, warum bleiben Sie dann dort? Haben Sie keine Alternativen?



Unsere Kolumnistin S.U.I. beim Balanceakt an der Nordsee. Foto: Privat

S.U.I: Es gibt immer Alternativen! Doch zu gehen wäre schmerzhaft. Ich will bleiben, weil ich meinen Job liebe und mein Wirkungsfeld gewissermaßen als Auftrag sehe. Ich konnte gerade Ungeimpften immer wieder den Rücken stärken – und manchmal erlebe ich selbst Ermutigung: Neulich zum Beispiel berichtete mir ein Teilnehmer, dass er mich bei internen Diskussionen hart verteidigen würde gegen die politische Etikettierung, ich sei Verschwörungstheoretikerin. Außerdem habe ich die Hoffnung, dass noch einige Menschen Wahrheiten in Bezug auf Corona, Medien, Pharma, WEF, WHO erkennen. Ich erlebe, dass Menschen ihr Umdenken mit mir reflektieren wollen. Da ist es gut, wenn keine harten Fronten zementiert wurden, sondern wenn liebevoll neue Wege aufgezeigt werden können. Menschen können sich verändern und entwickeln. Solange ich darf und kann, unterstütze ich bei diesem Umkehrprozess.

M.S: Welche Lektionen nehmen Sie für sich persönlich aus den letzten dreieinhalb Jahren mit?
S.U.I: Wir alle haben verletzliche, ängstliche oder auch schwache Anteile. Zu meiner persönlichen Lernkurve gehört, dass ich Schritt für Schritt weiter hineingreift bin in den Auftrag, den Christus und das Leben für mich vorgesehen haben. Ich will auf das achten, was ich innerlich höre und spüre. Ganz ehrlich: Dieses Zwischen-den-Stühlen-sitzen passt überhaupt nicht zu mir, aber es hält mich demütig: Ich bin kein Held. Aber zwischen Heldentum und Versagen gibt es Zwischenwege, die ich immer mutiger beschreiten möchte.

M.S: Haben Sie abschließend einen Tipp für Leser, die sich vielleicht in einer ähnlichen Lage befinden?
S.U.I: Alles hat seine Zeit. In schwierigen Phasen gibt es verschiedene Berufungen, keine festen Muster, wie wir unserem Herrn und der Wahrheit dienen können. Ein Oskar Schindler hat seine verwerfliche Parteimitgliedschaft für das Gute genutzt. Bonhoeffer tarnte sich als Diplomat im Auftrag der Regierung, was ihm den offiziellen Vorwurf des Landes- und Hochverrats einbrachte. In bösen Zeiten ist aber nicht das geltende Rechtssystem die Norm, sondern allein Gottes Maßstab. Bonhoeffer wusste sich letzterem verpflichtet – bis zum Tod. Diesen Vorbildern folgend muss jeder für sich seinen Auftrag erkennen. Wann es Zeit zum Reden oder zum Schweigen ist, wann offensives oder auch verdecktes Verhalten gefordert ist, wann man bleibt – und wann man geht. Wirkliche Weisheit bezieht den Kontext, die Situation, die persönlichen Umstände mit ein – und ein Hören auf die Stimme Gottes: »Zeige mir, Herr, deinen Weg und leite mich auf ebener Bahn um meiner Feinde willen! (Psalm 27,11)

M.S: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

PAPIER BLEIBT: DANKE FÜR DIE AUFKLÄRUNG

Vielen Dank für Eure Zeitung, die Geradlinigkeit und Euer Durchhaltevermögen. Viele Menschen fordern zur Zeit die Aufarbeitung der Verbrechen, die unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes an so vielen Menschen begangen wurden.

Was viele leider immer noch nicht verstehen, dass die Aufarbeitung bereits seit drei Jahren jeden Tag stattfindet und zwar dank der vielen unermüdlichen und mutigen Menschen der freien Medien, und, wie ich finde, in besonderem Maße dank Euch vom *Demokratischen Widerstand.* Es ist einfach sehr wichtig, dass die wichtigen Informationen auf Papier in der Welt sind. Mir ist selber schon aufgefallen, dass ich einige Sachen vergesse, was menschlich ist. Dann schaue ich aber in einer alten Ausgabe der Zeitung nach oder in einem Eurer Bücher, und die Welt steigt wieder vor mir auf.

Wenn ich vor der Internetsuchmaschine sitze, fallen mir viele Dinge einfach nicht ein, und ich werde auch nicht auf sie gestoßen, weil ich sie nicht wie bei einer Zeitung vor Augen habe. Also: Tausend Dank für Eure geniale Arbeit. Papier bleibt super wichtig! Bei allen Vorzügen des Internets wird das gedruckte Wort trotzdem ewig leben. Ihr macht einfach die beste Zeitung der Welt.

– Christine H., Bonn

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

BRICS verändert die Welt

Und der Westen fantasiert von einem neuen Kalten Krieg | Von Rüdiger Rauls

Die Ergebnisse des BRICS-Gipfel von Johannesburg sind weitreichend. Sie widersprachen in nahezu allen Bereichen den Spekulationen der westlichen Medien im Vorfeld des Treffens, das dann vom 22. bis zum 24. August 2023 stattfand. Der Tod Prigoschins bot den westlichen Medien jedoch eine willkommene Gelegenheit, über diese Fehleinschätzungen hinweg zu gehen. Auf Dauer aber helfen Wunschdenken und das Ignorieren der Wirklichkeit nicht weiter bei den Auseinandersetzungen, vor denen der politische Westen steht.

Mit dem wirtschaftlichen Erstarken Chinas und besonders mit dem militärischen Russlands hat sich mittlerweile der Blick des politischen Westens auf die BRICS-Staaten geändert. Beide werden als Kern einer neuen gegen ihn gerichteten Blockbildung angesehen, um den herum sich immer mehr Staaten anlagern. Diese Sichtweise wird aus Äußerungen von Politikern des NATO-Lagers deutlich und bestimmt die Berichterstattung seiner Medien über BRICS im Allgemeinen und den Gipfel von Johannesburg im Besonderen.

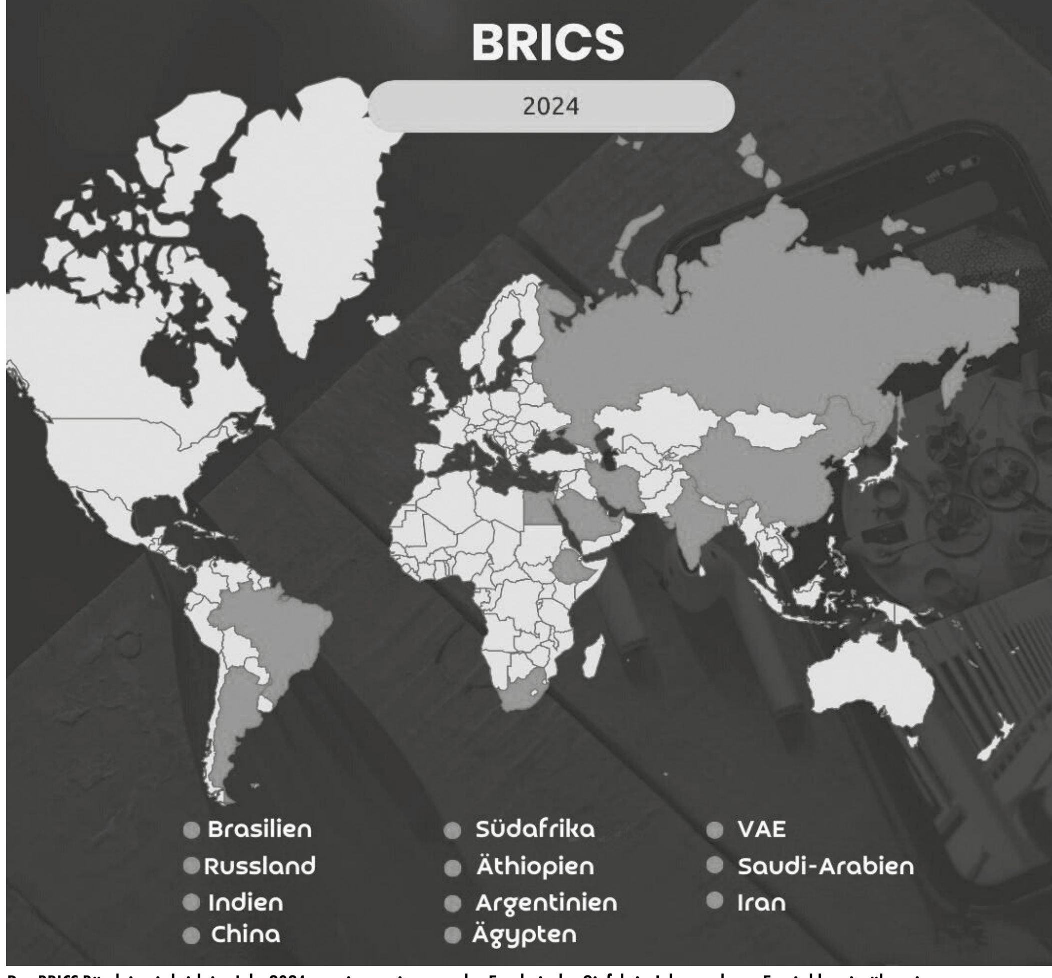
»Wer nicht für uns ist, ist automatisch gegen uns«, ist die kindische Einstellung hinter diesem westlichen Block-Denken. An dieser Sicht prallen alle gegenteiligen Erklärungen von Vertretern der BRICS-Staaten ab. Weil Russland und China ihre eigenen Interessen verfolgen und sich nicht westlichen Vorgaben unterwerfen, kann deren Politik nichts anderes als antiwestlich sein – so das Denken der Block-Theoretiker.

Dass es der Westen selbst ist, der sich immer mehr gegen China und Russland aufstellt, wird nicht gesehen. Er sieht sich vielmehr zu dieser Politik gezwungen, weil die beiden sich nicht an die Regeln der sogenannten regelbasierten Ordnung halten. Diese glaubt der politische Westen der gesamten Welt auferlegen zu dürfen, ohne die Welt gefragt zu haben. Zum Gegenpol werden Russland und China erst infolge der Ausgrenzung durch den Westen.

Da können sie noch so oft klarstellen, dass sie nicht antiwestlich eingestellt sind, vielmehr sogar Zusammenarbeit wünschen, wohl aber unter Berücksichtigung der eigenen Interessen. Das geht in die Köpfe der westlichen Meinungsmacher nicht hinein. Das übersteigt ihren Horizont, ist mit ihren einfachen Denkmustern nicht zu erfassen. In nahezu jedem Beitrag der *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* über die Konferenz in Südafrika wird diese Sicht eines antiwestlichen Blocks bedient und dadurch verfestigt. Damit ist sie nicht allein unter den westlichen Medien.

Andererseits aber werden immer wieder in der Berichterstattung Hinweise gesucht auf Differenzen zwischen den Teilnehmern. Es scheint, als wollte die westliche Presse die Geschlossenheit des Blocks selbst widerlegen, der in seiner antiwestlichen Ausrichtung ja eigentlich nur dadurch besteht, dass er in ihren Köpfen zusammengefügt wurde.

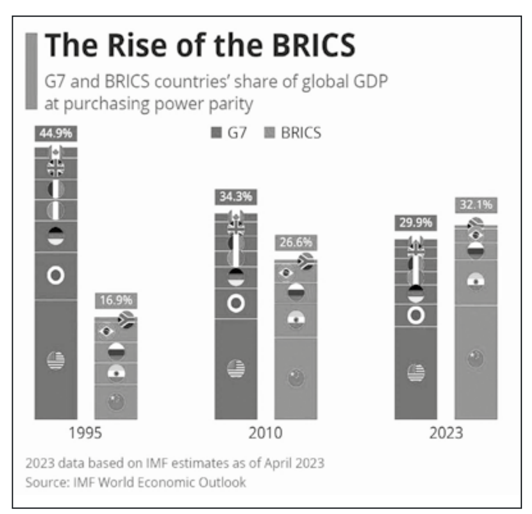
In diesem Sinne wird dann auch eine Sollbruchstelle zwischen Russland und China



Das BRICS-Bündnis wird sich im Jahr 2024 massiv erweitern, so das Ergebnis des Gipfels in Johannesburg. Es wird bereits über einen neuen Namen diskutiert. Grafik: Telegram/Freie Sachsen

auf der einen Seite und den restliche drei auf der anderen herbeigeredet, denn »drei der fünf BRICS-Staaten teilen Xis antiwestlichen Furor nicht«, so die *FAZ* am 23. August 2023. Als weiterer Beleg für die Zerbrechlichkeit des Staatenverbunds glaubt man an dieser Stelle auch feststellen zu können: »Außer Peking und Moskau will jedoch kein BRICS-Staat auf gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union verzichten«. Wird da versucht eine Wirklichkeit zu widerlegen, deren Trugbild man sich selbst geschaffen hat?

Selbst protokollarische Belanglosigkeiten werden als Hinweise für größere Unstimmigkeiten unter den Teilnehmern gedeutet. So wird es als Anzeichen für Spannungen zwischen China und Indien gesehen, wenn der indische Präsident seine Maschine noch nicht verlassen will, weil er genauso wie der chinesische von einem hochrangigen Mitglied der südafrikanischen Regierung begrüßt werden will. Es entsteht der Eindruck, dass die westlichen Meinungsmacher mit allen Mitteln ein Scheitern des Gipfels herbeischreiben wollen, so wie sie auch seit etwa anderthalb Jahren glauben, Russlands Armee mit dem Sand zu besiegen, den sie dem westlichen Medienkonsumenten in die Augen streuen.



Der Anteil der BRICS-Staaten am globalen BIP hat sich im Jahr 2023 im Vergleich zu 1995 auf rund 32 Prozent verdoppelt, während die G7-Staaten von rund 65 auf knapp 30 Prozent abstürzten. Die BRICS-Erweiterung wird diesen Prozess noch verstärken. Grafik: IWF, Ausblick auf die Weltwirtschaft mit den Daten aus dem April 2023

AM ENDE KAM ES ANDERS

Aber alle Kaffeesatzleserei und Erbsenzählerei der westlichen Meinungsmacher erwiesen sich am Ende als Hirngespinste, Ausgeburten der eigenen verwirrten Gedankengänge und einer Weltsicht, die der Welt nicht entspricht. Die herbeigeredeten Unstimmigkeiten zwischen China und Indien führten nicht zum Scheitern des Gipfels. Anscheinend hatten viele im politischen Westen gehofft, dass es nicht zu einer Aufnahme weiterer Staaten kommen würde und ein weiterer Machtzuwachs des Staaten-Verbundes verhindert werden könnte.

In der Theorie hätte es gar nicht zur Erweiterung des Staaten-Verbandes kommen dürften, weil nach Meinung westlicher Kaffeesatzleser Indien im Gegensatz zu China keinen schnellen Aufnahmeprozess wolle. Man hielt es in der *FAZ* am 23. August 2023 für »fraglich, ob die von Xi schon seit mehreren Jahren vorangetriebene Erweiterung der BRICS um weitere Mitgliedstaaten in seinem Sinne ausgerechnet auf dem Gipfel in Johannesburg gelingt, [und] auch Analysten in Südafrika halten einen langsamen Aufnahmeprozess für wahrscheinlich«.

Dann ist es natürlich klar, dass es mit der Erweiterung nichts werden kann, wenn in der Fachwelt Einigkeit herrscht. Nur stellt sich die Frage, auf welchen Grundlagen diese Einschätzungen beruhten. Für die westliche Expertenriege war die Sache noch am 26. August 2023 in der *FAZ* klar und einfach: »[der indische Präsident] Modi nähert sich immer stärker den USA an und würde schon allein wegen des eigenen Grenzkonflikts mit China kaum Xi Jinping folgen«.

Die politische Welt scheint für die Beobachter aus dem Westen nur in kleinkarierten Rivalitäten und persönlichen Rangeleien zu bestehen. Es scheint im westlichen Denken nicht mehr die Möglichkeit vorzukommen, dass man sich in strittigen Fragen auch gütlich einigen kann. Wer gewohnt ist, alles mit Druck, Gewalt und Hinterlist zu regeln, dem kommen vernünftige Lösungen im Interesse aller Beteiligten und unter Wahrung aller Interessen nicht mehr in den Sinn.

BRICS-STAATEN EINIGEN SICH »ÜBERRASCHEND«

Trotz aller ungünstiger Voraussagen aus der Gerüchteküche der westlichen Welt haben die BRICS-Staaten sich einstimmig auf die Aufnahme neuer Mitglieder einigen können. Das gelang ihnen innerhalb weniger Tage, sozusagen an einem verlängerten Wochenende. Das geht, wenn die Vernunft regiert. Auch die Unstimmigkeiten zwischen China und Indien, wo es immerhin entlang der gemeinsamen Grenze um Krieg oder Frieden geht und nicht um ein verkorkstes Gebäude-Energie-Gesetz, konnten in dieser Frage zurückgestellt werden.

Statt des großen Bruchs zwischen Indien und China kam es zu einer neuen Annäherung. Auch das ist möglich, wenn die Vernunft regiert und die gegenseitigen Interessen geachtet werden. Man verständigte sich auf »einen weiteren Abbau der Spannungen«. Beide Seiten einigten sich darauf, »die Bemühungen um einen raschen Rückzug der Truppen und eine Deeskalation zu verstärken«. All das war in den Sichtweisen und Erwartungen der westliche Meinungsmacher nicht vorgesehen. Aber Johannesburg zeigt, dass solche Erfolge möglich sind, wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist.

EINE ANDERE WELT BRICHT AN

Die Welt, in der der Westen zu leben glaubt, ist eine andere als jene, die sich täglich um die Sonne dreht. Man ist hilflos, denn man weiß nicht, was man gegen den Wandel unternehmen kann. Man versucht es weiterhin mit den alten Mitteln militärischer Bedrohung gegen schwächere Gegner und den neueren der Wirtschaftssanktionen gegen stärkere. Das hat schon in der Vergangenheit wenig Erfolg gehabt gemessen am angerichteten Schaden. Die neuen Gegner aber sind stärker. Gegen die militärische Stärke Russlands ist im politischen Westen kein Kraut gewachsen.

Chinas wirtschaftliche und vor allem seine finanzielle Stärke ermöglicht sein Vordringen auf allen Kontinenten und eine gesellschaftliche Entwicklung, die der Westen in all den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg nicht hatte auf die Beine stellen können. Er hat seine unangefochtene Führungsrolle verloren. Die bisher noch unterentwickelten Länder sind nicht mehr auf Gedeih und Verderb auf ihn angewiesen.

Mit Russland und China sind Alternativen entstanden, die über das nötige Kapital und auch technologische Qualitäten verfügen, die dem politischen Westen in nichts mehr nachstehen. Alte Freunde gehen dem Westen von der Fahne. Sie waren nie wirklich Freunde. Es blieb ihnen nur in der Vergangenheit nichts anderes übrig, als Freunde der USA und des politischen Westens zu sein. Das ändert sich jetzt.



Rüdiger Rauls, geb. 1951 in Trier, ist Journalist und Buchautor und betreibt den Blog »Politische Analyse«.

Die BRICS-Staaten und der WEF

Keine Macht kommt uns retten | Von Ernst Wolff

Vom 20. bis zum 22. August fand in Johannisburg in Südafrika das Gipfeltreffen der BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – statt. Die *Mainstream*-Medien widmeten dem Ereignis viel Aufmerksamkeit und feierten es geradezu als Auftakt einer Neuordnung der Welt.

Die BRICS-Staaten, die demnächst um Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate erweitert werden sollen, so hieß es, würden das Ende der globalen US-Dominanz einläuten, dem Dollar den Todesstoß versetzen und damit die Tür zu einer multipolaren Welt aufstoßen.

Angesichts der Euphorie, die auch von zahlreichen alternativen Medien mitgetragen wurde, hier ein Blick auf einige Zusammenhänge, die der Weltöffentlichkeit weniger bekannt sein dürften.

BRICS SIND BEITRÄGER

Beginnen wir mit dem Namen. Das Wort BRIC für Brasilien, Russland, Indien und China wurde 2001 von Jim O'Neill geprägt, dem ehemaligen Vorsitzenden von Goldman Sachs Asset Management und Ex-Handelsministers des britischen Finanzministeriums. O'Neill, inzwischen zum Lord geadelt, ist Experte für Investitionen in Schwellenländern und zählt zu den Contributors (dt. Beiträger) des World Economic Forum (WEF), das zahlreiche seiner Artikel veröffentlicht hat.

Gegründet wurden die BRIC-Staaten 2009; Südafrika stieß Ende 2010 dazu. Wirtschaftliches Schwergewicht ist China, dessen Bruttoinlandsprodukt von etwa 18 Billionen US-Dollar das Zweieinhalbfache der Wirtschaftsleistung aller übrigen BRICS-Staaten ausmacht.

China ist seit Jahrzehnten eng mit dem WEF verbunden und stellt nach den USA die zweitgrößte Gruppe der Young Global Leaders. Neben dem Jahrestreffen in Davos werden die bedeutendsten Treffen des WEF seit Jahren in den chinesischen Großstädten Tianjin und Dalian abgehalten. Chinas starker Mann Xi Jinping wird vom WEF ebenfalls als Contributor geführt. Das Gleiche gilt für den indischen Premierminister Narendra Modi, den brasilianischen Präsidenten Lula da Silva und Südafrikas Präsidenten Cyril Ramaphosa.

Sämtliche BRICS-Staaten sind darüber hinaus Mitglieder des Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Chefin Kristalina Georgiewa ebenso wie ihre Vorgängerin Christine Lagarde zusammen mit Klaus Schwab und BlackRock-Chef Larry Fink im Vorstand des WEF sitzt.

Auch die Weltbank, zu der alle BRICS-Staaten gehören, wird von einem Contributor des WEF geführt. Dasselbe gilt für den Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Zentralbank aller Zentralbanken, den ehemaligen mexikanischen Finanzminister Agustin Carstens.



Teilnehmer einer Demonstration der Demokratiebewegung der Gegenwart. Bereits unter Corona machten sie klar, dass sie keine staatliche Unterstützung benötigen, um ihren Protest zu legitimieren. Foto: Georgi Belickin/DW

Schaut man sich die BRICS-Beitrittskandidaten an, sieht das Bild ähnlich aus: Ägyptens Präsident as-Sisi und Argentiniens Präsident Fernandez werden als Contributors des WEF geführt, Äthiopiens Staatschefin Sahle-Work Zewde ist bei den Afrika-Konferenzen des WEF ein gern gesehener Gast und die Vereinigten Emirate und Saudi-Arabien sind Mitglieder des Arab Monetary Fund, dessen langjähriger Berater Hazem Beblawi ebenfalls Contributor des WEF ist.

BRICS SPIELEN DAS SPIEL

Bedenkt man, dass das WEF im Jahr 2019 die wichtigsten Zentralbanken der Welt im Digital Currency Governance Consortium (dt. Digitalwährungsherrschaft-Konsortium) – dem Konsortium zur Steuerung digitaler Währungen – zusammengeführt hat, dass der IWF und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) unter Hochdruck an der Entwicklung und der globalen Vernetzung von CBDCs (Abkürzung für Digitales Zentralbankgeld, Anm. d. Red.) arbeiten und dass der Arab Monetary Fund Mitglied der Better Than Cash Alliance ist, deren Ziel in der weltweiten Abschaffung des Bargeldes besteht, dann kann man nur zu einem Schluss kommen:

Die BRICS-Staaten sind für den digital-finanziellen Komplex keine Bedrohung. Ihre Regierungen spielen dessen Spiel voll und ganz mit, und die Medien beweisen mit ihrer Berichterstattung ein weiteres Mal, von wem sie beherrscht und wofür sie in unserer Zeit gebraucht werden – zur Verwirrung der internationalen Öffentlichkeit und zu ihrer Ablenkung von den für unsere Zukunft wirklich wichtigen Vorgängen.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022)

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net, wo er als Audiostrecke abrufbar ist. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

HAT DER BAUER KEIN MOOS …

Der Bundesfinanzminister traut sich was: Keine weiteren Sozialabgaben, keine weitere Ausdehnung des Sozialstaates. Seine Priorität: die Bekämpfung der anhaltend hohen Inflation, denn Millionen Familien seien davon betroffen, der Staatshaushalt natürlich ebenso. Seine Lieblingswörter sind dabei: Schuldenbremse, Schuldenquote und Staatsverschuldung. So schlecht ständen wir gar nicht da, schließlich hätte die Schuldenquote unseres Landes, die derzeit bei 60 Prozent liegt, ja schon mal bei über 80 Prozent gelegen. Lindner hofft auf ein Wirtschaftswachstum.

Aber die Grundprinzipien des landwirtschaftlichen Wirtschaftens gelten auch für unsere Wirtschaft: Hat der Bauer kein Moos, dann guckt er bloß. Seit Jahrzehnten wird den Menschen durch künstlich erzeugte Krisen das Geld aus der Tasche gezogen. Herr Lindner hätte als junger Abiturient anstatt des blauen Anzuges lieber mal eine Arbeitshose angezogen und einem Bauern geholfen, die Kühe zu melken und die Ernte einzufahren. Dann würde er verstehen, was damit gemeint ist, mit gesenktem Blick die eigenen Schuhe noch zu sehen.

Die fetten Jahre sind vorbei, so unser Dagobert Duck aus Berlin. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht Ausgaben von rund 445 Milliarden Euro vor, schlappe 90 Milliarden mehr als in 2019. Die Schuldigen für die eklatante Verschuldung sind Pandemie, Energiekrise und natürlich der Ukrainekrieg. Von 2020 bis 2022 ausgesetzt, wird die Schuldenbremse jetzt unser Land retten, so Lindner. Alle Ressorts müssen sparen, nur der Verteidigungshaushalt bleibt, wie er ist. Der Bundesrechnungshof spricht klare Worte. Herr Lindner würde das wahre Ausmaß der Verschuldung durch die vielen Sondervermögen kleinrechnen, die wahre Neuverschuldung wäre etwa viermal so hoch wie im Bundeshaushalt ausgewiesen. Damit kommen wir der Wahrheit schon näher.

Meine Forderung: Rücktritt der kompletten Bundesregierung, Interimsregierung, Aufarbeitung der Verbrechen aus der Coronazeit, sofortiger Rückzug aus allen Kriegsangelegenheiten, Beendigung der unsäglichen Klimapolitik, verfassungsgebende Versammlung auf Basis unseres Grundgesetzes, Bereinigung des Grundgesetzes. Zusammengefasst geht es um die Neuformatierung dessen, was wir allgemein Staat nennen auf Basis von gänzlich neuen Werten und mit Menschen, von denen wir einige seit 2020 auf der Straße sehen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

MELDUNG

DEUTSCHE WIRTSCHAFT SCHMIERT AB

Berlin/DW. Der deutschen Industrie brechen immer mehr Aufträge weg. Der Rückgang im Juli beträgt 11,7 Prozent im Vergleich zum Vormonat und ist der stärkste seit April 2020, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) spricht von einem »Alarmsignal«. Besonders schlimm steht es um die Aluminiumindustrie: Bei den sogenannten Primäraluminiumhütten ging das Produktionsvolumen im zweiten Quartal 2023 um knapp die Hälfte (!) zurück. 60.000 Jobs sind bedroht. Rob van Gils, Präsident des Branchenverbandes Aluminium Deutschland (AD), äußert sich sehr besorgt: »Der Exodus der Industrie hat bereits begonnen und nimmt immer mehr Fahrt auf.« (kmü)

DEUTSCHLAND WILL NEUEN KAMPFPANZER ENTWICKELN

Berlin/DW. Gemeinsam mit Italien, Schweden und Spanien will Deutschland einem *Handelsblatt-Bericht* zufolge unter der Führung von Krauss-Maffai Wegmann (KMW) und Rheinmetall einen neuen Kampfpanzer, einen Nachfolger des Leopard 2, entwickeln. Es geht um einen dreistelligen Millionenbetrag. Der Zusammenschluss kommt laut der Zeitung überraschend, da Deutschland mit Frankreich bereits eine ähnliche Kooperation geschlossen habe. (kmü)

EU KAUFT REKORDMENGEN AN FLÜSSIGGAS AUS RUSSLAND

Brüssel/DW. EU-Länder kauften – den westlichen Sanktionen gegen Russland zum Trotz – in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 22 Millionen Kubikmeter Flüssiggas (LNG). Das entspricht einem Plus von 40 Prozent gegenüber demselben Zeitraum im Jahr 2021, also vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Dabei handelt es sich um Rekordmengen, die in der Regel über spezielle Tankschiffe transportiert werden. Der LNG-Import fällt nicht unter die EU-Sanktionen. (kmü)

MIKROCHIPS IN PARMESAN

Parma/DW. Unappetitliche Zutat: Parmesan soll künftig einen speziellen Mikrochip enthalten. Diesen ungewöhnlichen Weg gehen die Hersteller des Parmigano Reggiano angeblich, um sich vor Produktpiraterie zu schützen und um so die Authentizität des Käses nachweisen und von Fälschlungen unterscheiden zu können. Die kleinen Silikon-Mikrochips sollen bedenkenlos mitgegessen und auf natürlichem Weg wieder ausgeschieden werden können. (kmü)

AUF1 JETZT IM FERNSEHEN

Wien/DW. Der Aufklärungssender *AUF1* ist ab sofort per Satellitempfang auch im Fernsehen zu sehen. Auf dem Kanal *SRGT* werden täglich von 6 bis 8 Uhr und von 18 bis 22 Uhr die Programminhalte gesendet. Tipp: Nutzen Sie am besten den manuellen Sendersuchlauf auf Ihrem Empfangsgerät, um den Kanal zu finden. (kmü)

Vier Tage nach den Wahlen:

Putsch in Gabun

Ob der unterdrückte Staat dadurch befreit wurde, ist derzeit noch unklar | BERICHT von Felix Feistel

Nach dem Putsch im Niger hat nun mit Gabun in einem weiteren westafrikanischen Land das Militär gegen die Regierung geputscht. Am 30. August erklärte eine Gruppe von Soldaten unter Führung von Oberst Ulrich Manfoumbi, begleitet vom Generalstabschef der Republikanischen Garde, General Brice Clotaire Oligui Nguema, im TV-Studio des Staatssenders *Gabon 24*, dass sie den amtierenden Präsidenten Ali-Ben Bongo Ondimba abgesetzt und die Macht im Land übernommen habe.

Der Putsch fand vier Tage nach den Wahlen statt, die von den putschenden Soldaten, bei denen es sich um Angehörige der Gendarmerie, der Republikanischen Garde und anderer Fraktionen der Sicherheitskräfte handelt, als Betrug bezeichnet wurden. Sie erklärten das Wahlergebnis für annulliert und die Institutionen des Staates für aufgelöst. In der Hauptstadt Libreville sollen laut *AFP*-Journalisten Schüsse gefallen sein. Die Soldaten stellten sich als Committee of transition and restoration of institutions (CTRI, dt.: Komitee des Übergangs und der Wiederherstellung der Institutionen) und damit als Übergangsregierung nach dem Vorbild Nigers vor. Sie erklärten: »Wir haben eine unverantwortliche, unvorhersehbare Regierungsführung beobachtet, die zu einer stetigen Verschlechterung des sozialen Zusammenhalts geführt hat und das Land ins Chaos zu stürzen drohte [...] Wir haben beschlossen, den Frieden zu verteidigen, indem wir dem herrschenden Regime ein Ende setzen.«

Über *X* kündigte das CTRI an, dass es den Oberbefehlshaber der Republikanischen Garde zu seinem Vorsitzenden ernannt hat. Ondimba sei zusammen mit seinem Arzt und seiner Familie unter Hausarrest gestellt worden. Seine Schwester Pascaline Bongo Ondimba hingegen soll in der Nacht das Land verlassen haben. Die Grenzen wurden am 30. August geschlossen, allerdings bereits am 2. September wieder geöffnet. Die Militärregierung erklärte mehrfach, die Demokratie in dem Land wiederherstellen zu wollen, dafür aber eine Übergangsphase einzuleiten. Wahlen sollen allerdings erst einmal nicht stattfinden, da ansonsten die »alte Ordnung« zurückkehren würde. Am Montag wurde General Brice Oligui Nguema als neuer Übergangspräsident vereidigt.

PRÄSIDENT ALI BONGO SOLLTE DRITTE AMTZEIT ANTRETEN

Kurz vor der Machtübernahme hatte die Wahlbehörde bekanntgegeben, dass Präsident Ali-Ben Bongo Ondimba die Wahl mit 64,27 Prozent der Stimmen gewonnen hat und damit eine dritte Amtszeit antreten werde. Sein wichtigster Herausforderer, Albert Ondo Ossa, kam nur auf 30,77 Prozent der Stimmen. Die Wahlen wurden von Unregelmäßigkeiten begleitet. So hatte es immer wieder Verzögerungen gegeben. Am Wahlabend war das Internet von der amtierenden Regierung abgeschaltet und eine Ausgangssperre verhängt worden. Auch die französischen Medien *France 24*, *RFI* und *TV5 Monde* wurden verboten, da ihnen eine »mangelnde Objektivität im Zusammenhang mit den Wahlen« seitens der Regierung vorgeworfen wurde.

Der Wahlsieger, Präsident Ali Bongo, war bereits 14 Jahre an der Macht und strebte nun seine dritte Amtszeit an. Er gehört einer Familie an, die schon seit 50 Jahren die Herrschaft über das Land inne hat, die dank der großen Erdöl- und -Gasvorräte des Landes zu Reichtum gekommen war. Schon die Wiederwahl von Bongo im Jahr 2016 kam unter fragwürdigen Umständen zustande und wurde von großen Protesten begleitet. Bereits 2019 gab es einen versuchten Putsch, den die damaligen Putschisvten mit dem Wahlbetrug rechtfertigten.

»MIT GRÖSSTER AUFMERKSAMKEIT«: FRANKREICH BEOBACHTET DIE LAGE

Kurz nach der Erklärung kam es in Libreville zu spontanen Demonstrationen der Bevölkerung, die ihre Unterstützung des Putsches zum Ausdruck brachten. Die Menschen applaudierten und jubelten den ausschwärmenden Fallschirmjägern zu. Die Bevölkerung Gabuns ist weitestgehend sehr arm. Nach Angaben der Weltbank waren im Jahr 2020 fast 40 Prozent der 15- bis 24-Jährigen ohne Arbeit. Im Jahr 2017 lebten 33,4 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Mit den Sanktionen gegen Russland sind die Lebensmittelpreise in Gabun gestiegen, ebenso wie die Inflation.

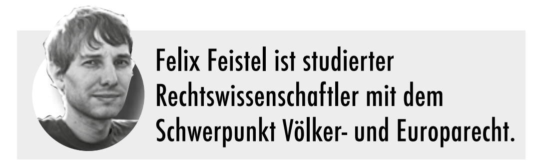
Als erstes Land äußerte sich der ehemalige Kolonialherr Frankreich. So erklärte die französische Premierministerin Élisabeth Borne, Frankreich verfolge die Situation in dem Land »mit größter Aufmerksamkeit«.

Rund 400 französische Soldaten sind in Gabun dauerhaft im Einsatz, einige davon auch in der Hauptstadt Libreville. Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union teilte über *X* mit, dass sie entschieden habe, die Mitgliedschaft Gabuns nach dem Putsch sofort auszusetzen. Die Organisation erklärte, sie verurteile die Machtübernahme durch das Militär aufs Schärfste. Die Entscheidung fiel nach einem Treffen der Organisation nur einen Tag nach dem Putsch.

SOLL DIE EU WEITER GESCHWÄCHT WERDEN?

Auch der Präsident Nigerias, Bola Tinubu, der gleichzeitig dem Wirtschaftsbündnis ECOWAS vorsteht, erklärte den Putsch in Gabun als eine »Ansteckung mit Autokratie«. Er führte aus: »Meine Befürchtung hat sich in Gabun bestätigt, dass die Nachahmer das Gleiche tun werden, bis es gestoppt wird.« Er bezog sich damit auf den Putsch im Niger nur einen Monat zuvor.

Gabun ist ein großer Erdölproduzent und Teil der OPEC. Ein großer Teil der Staatseinnahmen stammt aus dem Erdölsektor, und so ist das Land auch für seine ehemaligen Kolonialherren von Bedeutung. Ob es sich bei dem Putsch indes um eine Befreiung eines unterdrückten Staates handelt, ist nicht klar. Einige der zentralen Militärs wurden in den USA ausgebildet. Ein Papier der RAND-Corporation, das im vergangenen Jahr aufgetaucht war, beschrieb das Szenario, den französischen Einfluss im Sahel zurückzudrängen als Teil einer Strategie, die EU zu schwächen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



POLIZEI DREHT SCHON WIEDER DURCH

Élancourt,Paris/DW. Am Abend des 6. Septembers 2023 überfuhr die französische Polizei einen 16-Jährigen mit dem Polizeiauto, weil er den Anweisungen der Beamten im Straßenverkehr nicht Folge leistete. Der Jugendliche schwebt nach dem Mordversuch laut Berichten im Spital bei Redaktionsschluss (Donnerstagvormittag) weiterhin in Lebensgefahr. Aufzeichnungen des Vorfalls wurden teilweise beschlagnahmt. Es werden landesweit e Proteste wie im Fall Nahel erwartet, der von einem Polizisten erschossen worden war. (ale)

KRAWALLE IN SCHWEDEN

Nach einer Protestaktion in der südschwedischen Stadt Malmö, bei der öffentlichkeitswirksam Korane verbrannt wurden, ist es in Schweden am 3. September zu schweren Krawallen und Protesten gekommen.

Etwa 200 Menschen hatten sich auf einem Platz versammelt und an der Protestaktion teilgenommen. Dabei reagierten Angaben der Polizei zufolge einige der Menschen »aufgebracht« auf die Verbrennungen. Es kam zu Auseinandersetzungen, bei denen zwölf Menschen festgenommen wurden. Veranstalter der Aktion war der irakische Flüchtling Salwan Momika. Dieser hatte in den vergangenen Monaten immer wieder öffentlichkeitswirksam Korane beschädigt.

Öffentliche Koran-Verbrennungen in Skandinavien führten zu Protesten in muslimischen Ländern und beschädigten das diplomatische Verhältnis zwischen Schweden und der Türkei. Diese hatte zeitweise dem Beitritt Schwedens zur NATO unter anderem aufgrund der Tatenlosigkeit bei den Koranverbrennungen nicht zugestimmt. Islamistische Terrororganisationen wie der Islamische Staat (IS) riefen ihre Anhänger zu Anschlägen in Dänemark und Schweden auf. Daraufhin wurde in Dänemark das öffentliche Verbrennen des Korans unter Strafe gestellt. (ff)

MELDUNG

HURRA! BOMBEN AUF RUSSLAND

Kiew/DW. Der ukrainische Präsident Wolodomir Selensky verkündete am 31. August 2023 über seinen Telegram-Kanal, dass sein Land Raketen mit einer Reichweite von rund 700 Kilometern entwickelt habe. Gleichzeitig bekannte er sich erstmals zu Angriffen auf russischem Territorium. Vor einigen Monaten noch waren solche Angriffe selbst von westlichen Politikern und Medien als Eskalation des Krieges verurteilt worden, die verhindert werden sollten. Nun werden diese Attacken als Verständnis heischende »Frustreaktion«, über den Unwillen der Nato derlei Waffen zu liefern, gedeutet *(Welt)*. (hes)

UNRUHE IM KAUKASUS

Jerewan/DW. Armenien kündigte am 6. September 2023 gemeinsame Militärübungen mit den USA an. Diese sollen laut einem Regierungssprecher am kommenden Montag, 11. September 2023, starten. Armenien hat seit Jahrzehnten einen bewaffneten Konflikt mit dem Nachbarland Aserbaidschan um die Region Bergkarabach, der unter russischer Führung eingefroren worden war. Die Militärmanöver mit den USA werden in westlichen Medien als Frustreaktionen des Landes über den Stand der Verhandlungen gedeutet. Russland nannte die Ankündigung laut *tagesschau* »besorgniserregend«. (hes)

FRANKREICH SCHREITET BEI ZENSUR VORAN

Paris/DW. Die französische Regierung plant, Zensur auf der Ebene von Webbrowsern zu implementieren. Das berichtete das *Online*-Portal *Netzpolitik*.org am 29. August 2023. Demnach sehe das sogenannte »Gesetz zur Sicherung und Regulierung des digitalen Raums« vor, *Webbrowser* dazu zu verpflichten, von der Regierung vorgelegte Blockadelisten in den Browser zu integrieren. Damit würden sämtliche Methoden der Umgehung von Zensur unmöglich gemacht, die meist auf der Ebene der *Provider* ansetzen. Der Konzern Mozilla, bekannt für sein *Browser*-Programm *Firefox*, hat bereits eine Petition gegen dieses Gesetz gestartet. Das Gesetz soll noch in diesem Herbst verabschiedet werden. (ff)

JITSUVAX

Psychologische Kampfkunst gegen mRNA-Skeptiker | Von Norbert Häring

Cornelia Betsch, eine der emsigsten Psycho-Manipulatorinnen für das Impf-Establishment und seinerzeit Mitglied im Corona-Expertenrat, leitet mit ihrer regierungstreuen Erfurter-Psychologentruppe den deutschen Zweig eines EU-Projekts namens Jitsuvax. Es erforscht und verbreitet psychologische Tricks, die Ärzte anwenden sollen, um Impfzurückhaltung zu überwinden.

Der vom Kampfsport Jiu-Jitsu abgeleitete Name des Fünfländerprojekts, das von der Universität Bristol geleitet wird, ist Programm. Denn wie beim Jiu-Jitsu soll der Gegner mit dessen eigener Kraft und seinen eigenen Waffen geschlagen werden. Allein das ist schon auf zwei Ebenen fragwürdig.

Zum einen, weil hier Menschen, die einer bestimmten Impfung gegenüber skeptisch sind, zum Beispiel gegenüber den experimentellen mRNA-»Impfungen« gegen Covid-19, und dies öffentlich äußern, summarisch als »Gegner« deklariert und behandelt werden. Ihnen werden generell niedere Motive und unlautere Mittel unterstellt, und außerdem, dass sie auf jeden Fall unrecht haben. Jedenfalls gibt es, soweit ich sehen konnte, nirgends einen expliziten Versuch zu unterscheiden, zwischen zu bekämpfenden unlauteren »Gegnern« und Menschen, die aus guten Gründen oder irrtümlich skeptisch sind und entsprechend argumentieren, und zwar ohne unlautere Tricks.

Zum anderen, weil das Projekt durchgängig auf psychologische Manipulation setzt, also auf genau das, was man der Gegenseite einfach generell unterstellt. So versteht man offenbar das Jiu-Jitsu-Prinzip, den Gegner mit dessen eigenen Waffen zu schlagen.



Dieser Demokrat beharrt auf der Würde des Menschen, wie sie in Paragraph 1 des Grundgesetzes festgehalten ist. Foto: Georgi Belickin/DW

»STARKE FINANZIELLE MOTIVE«

Das von 2021 bis 2025 laufende Projekt wird mit 3,1 Mio. Euro von der EU gefördert, wie auf der Internetseite der Universität Erfurt bekannt gegeben wird. Die für den deutschen Teil verantwortliche Psychologin und Professorin für Gesundheitskommunikation Cornelia Betsch hat ihre fragwürdigen psychologischen Erkenntnisse unter anderem dafür genutzt noch 2022 eine allgemeine Impfpflicht zur Befriedung der Gesellschaft zu propagieren, was maßgebliche Teile der Regierung und das Parlament dann tatsächlich verfügen lassen wollten.

Wie sie arbeiten, beschreiben die Jitsuvax-Leute in ihrem ersten Jahresbericht von Mai 2022 so (übersetzt): »In einer großangelegten, länderübergreifenden Umfrage unter Vertretern des Gesundheitswesens haben wir ermittelt, welche der in der Jitsuvax-Taxonomie aufgeführten Impfgegner-Argumente den Vertretern des Gesundheitswesens schwer zu vermitteln sind. Parallel dazu haben wir Daten von 1.250 Teilnehmern aus dem Vereinigten Königreich gesammelt, aus denen hervorging, welche Argumente die Öffentlichkeit am überzeugendsten findet. Diese Schritte halfen uns bei der Auswahl der Argumente, auf die wir uns konzentrieren wollten.

Das Team entwickelte maßgeschneiderte Widerlegungen für die ausgewählten Anti-Impf-Argumente, die im Rahmen von fiktiven Szenarien zwischen einem Vertreter des Gesundheitswesens und einem Patienten oder einem Mitglied der Öffentlichkeit vorgetragen werden. Wir werden die ausgewählten Gegenargumente in getrennten Experimenten mit Vertretern des Gesundheitswesens und mit Mitgliedern der Öffentlichkeit testen«.

Die Manipulationswissenschaftler unterscheiden auf ihrer Internetseite jitsuvax.info/discover elf problematische persönliche Einstellungen als »Wurzeln« der Impfskepsis, darunter Verschwörungsglaube, Misstrauen gegen Autoritäten, religiöse Einstellung und Beharren auf Autonomie. Es gibt für sie keine legitimen Gründe für Impfskepsis. Wenn also jemand zu dem Schluss kommt, das eigene Kind nicht gegen Covid impfen zu lassen, weil sich herausgestellt hat, dass die Impfung nicht gegen Ansteckung und Weitergabe hilft, und weil die Gefahr von schweren Nebenwirkungen mindestens für Kinder größer ist als die Gefahr schwerer Gesundheitsschäden durch Covid, dann muss als Ursache einer der elf psychischen Defekte identifiziert werden. Denn die Möglichkeit, dass die Behörden einen Fehler gemacht haben, und die Impfempfehlung für Kinder und Säuglinge falsch war, ist ausgeschlossen. Für die Manipulationswissenschaftler ist die Wahrheit ein flexibles Ding, das sich immer danach richtet, was die Behörden gerade sagen.

Schauen wir uns ein Beispiel eines Skeptiker-Arguments an, mit dem die Impfdoktoren größere Schwierigkeiten haben: Es lautet: »Informationen von Pharmaunternehmen über Impfstoffe sind von finanziellen Interessen geleitet«.

Als Ursache der Skepsis wird hier krankhaftes Misstrauen ausgemacht. Die Schwierigkeit resultiert daher, dass sehr viel dran ist, an dem Argument. Die Höhe und Häufigkeit von Strafen gegen Pharmafirmen wegen krimineller Machenschaften erinnern eher an die Mafia als an Organisationen, denen man seine Gesundheit ohne jedes Misstrauen anvertrauen möchte.

Im Rahmen der von den Manipulationswissenschaftlern propagierten »emphatischen Widerlegungsstrategie« soll das, was man nicht leugnen kann, erst einmal eingeräumt werden, um es dann auf eine größere Ebene ins Allgemeine zu ziehen und zu verwässern:

»Das Misstrauen gegenüber Behörden ist manchmal berechtigt. Manche Menschen machen sich zum Beispiel Sorgen über Impfstoffe, weil die Pharmaindustrie davon profitiert. Das Pharmaunternehmen Pfizer zum Beispiel hat mit seinem Impfstoff Covid bis Februar 2022 27 Milliarden Pfund verdient. Private Unternehmen in allen Branchen haben ein Interesse daran, mit ihren Produkten Geld zu verdienen. Es ist wichtig, die Beweggründe der Industrie kritisch zu hinterfragen«.

Dann wird das Argument gegen die Skeptiker gewendet: »Profite sind nicht auf Pharmaunternehmen beschränkt. Auch diejenigen, die andere dazu ermutigen, sich nicht impfen zu lassen, haben ein starkes finanzielles Motiv, da sie davon profitieren, dass die Menschen ihre alternativen Produkte kaufen. Für alternative Produkte gibt es keine unabhängigen Aufsichtsbehörden, anders als für Impfstoffe, deren Sicherheit und Wirksamkeit von unabhängigen Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen auf der ganzen Welt bewertet wird, die nicht von einem Unternehmen gesteuert werden. Sie sind sogar verpflichtet, jeden Interessenkonflikt, einschließlich erhaltener finanzieller Zuwendungen, öffentlich zu erklären. Die Informationen, die diese unabhängigen Experten liefern, sind die beste verfügbare Orientierungshilfe für Impfstoffe.«

BEHÖRDEN HABEN IMMER RECHT

Es wird also empfohlen, fälschlich so zu tun, als ob Skepsis gegenüber bestimmten Impfstoffen und das Bewerben alternativer Produkte, die man selbst verkauft, ein und dasselbe seien. Tatsächlich trifft das nur auf einen vernachlässigbaren Bruchteil der öffentlich auftretenden Impfskeptiker zu. Unterfüttert durch diese falsche Gleichsetzung soll dann allen Skeptikern unterstellt werden, sie hätten »starke« finanzielle Interessen, was in den seltensten Fällen zutrifft. Und wo es der Fall ist, sind diese finanziellen Interessen um das Tausendfache oder Millionenfache schwächer als bei den Pharmafirmen. Es geht dann bestenfalls um Tausende Euro oder Dollar, nicht um viele Milliarden. Es wird so getan, als seien Gesundheitsbehörden über jeden Zweifel erhaben und es gäbe keine institutionalisierte Korruption, unter anderem durch die Drehtür zwischen Zulassungsbehörden und Pharmafirmen, durch die hochrangige Mitarbeiter zwischen den beiden Welten hin und her wechseln. Dass die Pharmafirmen sich von den Regierungen gegen Schadensersatzforderungen abschirmen ließen und dass die Zulassungen nur Notfallzulassungen ohne die üblichen Standards waren: kein Thema. Dass Minister Lauterbach, dem wir bedingungslos vertrauen sollen, mehrfach fälschlich behauptet hat, die Impfungen seien nebenwirkungsfrei

und dass er schon vor langer Zeit mit Gefälligkeitsstudien für gefährliche Medikamente übel aufgefallen ist, soll uns keinesfalls zu denken geben. Denn, wenn doch, gelten wir als krankhaft misstrauisch. Während also das Argument der Skeptiker von den Interessenkonflikten ohne Psychotricks auskommt und eine gesellschaftliche Realität beschreibt, beruht das vorgeschlagene Gegenargument auf faulen semantischen und psychologischen Tricks und erweckt nur den Anschein der Beschreibung relevanter Tatsachen.

EINE SCHANDE FÜR DIE WISSENSCHAFT

Frau Betsch war auch Ko-Autorin einer im November 2021 im Preprint erschienenen, hochgradig unseriösen Studie, derzufolge die damalige Covid-Krise in Deutschland überwiegend von den nicht Geimpften verursacht sei, eine von der Politik gern aufgenommene und mit gefälschten Statistiken unterfütterte Behauptung, die sich später als grob falsch herausstellen sollte.

»Wissenschaftler«, die sich von der Regierung bezahlen lassen, um faule psychologische Tricks zu entwickeln, mit denen die Regierung die Bürger manipulieren kann, sind eine Schande für die Wissenschaft. Sie fügen der Demokratie großen Schaden zu.

Norbert Häring, geb. 1963, ist promovierter Volkswirt und Wirtschaftsjournalist. Er schreibt u. a. für das Handelsblatt.

Dieser Artikel erschien auf dem unabhängigen Nachrichtenportal apolut.net. Dort ist er in Gänze als Audiostrecke abrufbar.

REGIEREN HEISST, MANIPULIEREN KÖNNEN

Auszug aus dem Konspirationistischen Manifest

Die »Verhaltenswissenschaften« sind nichts anderes als die x-te, mühsam neu verpackte Wiederaufnahme der alten sozialpsychologischen Experimente aus dem Kalten Krieg.

Im November 2008 versammelten sich in Barcelona auf der ersten *Social Brain Conference* Politiker, Biologen, Neurologen und andere Kognitionswissenschaftler. Sie dozierten über so unterschiedliche Themen wie »Von Feindseligkeit zu Empathie: Neuroimaging-Studien über den Aufbau von Gerechtigkeitsblöcken« oder »Genetische Marker für gute und schlechte Mitarbeiter: Ein biologischer Ansatz zur Gerechtigkeit im wirtschaftlichen Austausch«.

Der Glaube, dass die »Neuro-Sozialwissenschaften« endlich die »Schlüssel zum menschlichen Verhalten« liefern werden, fügt dem Axiom der Sozialpsychologie, das Gordon Allport 1954 in einem Exkurs dem Historiker Vico entlehnt hat, im Wesentlichen nichts hinzu: »Die Regierung muss sich an die Natur der Menschen anpassen, die sie regiert.« Und dazu muss man das Tier genau studieren.

DER MENSCH ALS STEUERBARES VIEH

Auf der Grundlage dieses Axioms wurden von den 1940er bis zu den 1980er Jahren so viele überflüssige Experimente am menschlichen Verhalten durchgeführt – vielleicht sollte man sagen »über das amerikanischeVerhalten«, da sie fast alle in den Vereinigten Staaten stattfanden. Es sind diese alten Kamellen, welche die »Verhaltenswissenschaften« als ihre brandneuen Errungenschaften präsentieren.

Eric Singler plappert mit seinen Banalitäten über den menschlichen Konformismus nur das berühmte Solomon-Asch-Experiment aus dem Jahr 1951 nach. Das bestand darin, einer Gruppe Balken zu präsentieren, die auf einem Blatt Papier abgebildet waren. Es ging darum, sich zu ihrer jeweiligen Länge zu äußern. Alle Gruppenmitglieder waren in Wirklichkeit Komplizen des Versuchsleiters außer der »naiven Versuchsperson«, die das eigentliche Objekt des Experiments war, dies aber nicht wusste. Alle antworteten wahrheitsgemäß über die Länge der Stäbe und begannen dann ab einem bestimmten Punkt im Chor zu lügen. Die Testperson, die zunächst verblüfft war, log in der Regel am Ende mit ihnen mit. Dieses Experiment glaubte zu zeigen, dass der Einzelne in einer Gruppe lieber auf seinen eigenen Wahrnehmungen herumtrampelt, als der Gruppe zu widersprechen – und sei es nur äußerlich, damit man seine Ruhe hat, obwohl man tief im Inneren weiß, dass alle anderen wirres Zeug reden.

All die kleinen, so komischen Alltagsgesten, mit denen man vorgab, die Teilnahme am »Krieg gegen den Virus« zu demonstrieren, dienten nur dazu, uns dazu zu bringen, den exorbitanten Maßnahmen zur Einschränkung der Freiheiten zuzustimmen – und zwar aufgrund des »Frosteffekts«, der 1947 von Kurt Lewin theoretisiert wurde.

Die Bereitschaft, das zu tun, was einem gesagt wird, selbst wenn man sich dabei völlig unmenschlich verhält, wenn man von einer Person im weißen Kittel dazu aufgefordert wird – das war der Gegenstand von Stanley Milgrams berühmtem Experiment »Unterwerfung unter Autoritäten« aus dem Jahr 1961. Seit 2020 hat die Regierungskommunikation alle möglichen Schlüsse daraus gezogen.

DER ERSTES EINDRUCK ZÄHLT

Die Bilder von Passanten, die im Januar 2020 auf den Straßen von Wuhan am Coronavirus starben, oder von Sterbenden in Krankenhausfluren nutzten explizit den »Ankereffekt« aus, der aus der Forschung der Psychologen Amos Tversky und Daniel Kahneman in den 1970er Jahren herrührt und für immer mit der »neuro-linguistischen Programmierung« von Richard Bandler und John Grinder in Verbindung gebracht wird. Diese Tendenz besagt, dass es für menschliche Subjekte am schwierigsten ist, sich in unsicheren Situationen von dem ersten Eindruck zu lösen, den sie mit einer Vorstellung verbunden haben oder der mit ihr verbunden wurde. Die medienwirksamen Berichte von Stars über ihre Impfungen sollten den »Halo-Effekt« (Heiligenschein-Effekt) ausnutzen, der 1977 von Nisbett und Wilson identifiziert wurde: Dieser scheint zu bewirken, dass die Berühmtheit der Person, die zu einem spricht, das Urteilsvermögen über die Gültigkeit dessen, was sie sagt, unbewusst beeinträchtigt.

SICH DEN VERSTAND NICHT ABSPRECHEN LASSEN

Die weltweite Kampagne zur allgemeinen Impfung beruht auf keiner medizinischen Rationalität. Die vorherrschenden »Impfstoffe« sind für die meisten Menschen schädlicher als der Virus und immunisieren nicht gegen die Krankheit als solche. Sie begünstigen sogar die Entstehung virulenterer Varianten. Kurz gesagt: Sie befriedigen nur die Leidenschaft, mit neuen Spielzeugen auf globaler Ebene zu experimentieren,
und die Gier derer, die sie verkaufen. Es ist daher verlockend, darin eine Umsetzung der berühmten und durchschlagenden »Theorie des Engagements« zu sehen, die Kiesler 1971 in seiner *Psychologie des Engagements* formulierte.

Die anthropologische Annahme Kieslers und der gesamten Sozialpsychologie ist, dass Menschen nicht nach dem handeln, was sie denken und sagen. Ihr Bewusstsein und ihre Reden dienen lediglich dazu, die Taten, die sie bereits begangen haben, *im Nachhinein* zu rechtfertigen. Sie werden geneigt sein, Ja zu einem Verkäufer zu sagen, der Sie anlächelt und am Arm nimmt, *und dann* Ihre Wahl rationalisieren. Für Sozialpsychologen wird jemand, der irrationalerweise einer Injektion zugestimmt hat, dazu neigen, *die gesamte Propaganda, die ihn dazu gebracht hat,* zu rechtfertigen. Um sich *seiner Handlung zu verschreiben,* wird er sich der politischen Ordnung verschreiben, die ihn dazu gedrängt hat. Der »Bestätigungseffekt«, bei dem jeder die Informationen auswählt, die ihm Recht geben, wird den Rest erledigen.

Dies ist ein Auszug aus dem Konspirationistischen Manifest, das anonym in Frankreich erschien. Die deutsche Übersetzung liegt im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus vor.



Das Letzte – von Anselm Lenz

LIEBE DAMEN, EBENSO GEACHTETE HERREN, HALLO KINDER!

Ich beginne diesmal mit dem Hinweis auf Schauprozesse gegen verdiente Demokratinnen in den kommenden Tagen in Berlin: Sabrina Kollmorgen, 11. September 2023 um 9 Uhr am Amtsgericht Berlin, Turmstraße 91. Elfriede Krutsch ebenfalls am Montag um 12:30 Uhr am Landgericht Berlin, ebenfalls Eingang Turmstraße 91.

Unabhängige Beobachter sind zu erwarten und willkommen. Erfahrungsgemäß sollte man mindestens eine halbe Stunde vor anberaumtem Beginn eintreffen. Richter und Staatsanwälte am mittlerweile international berüchtigten Berliner Tiergartengericht in Moabit sind unberechenbar, neigen zu Saalverlegungen und dem Versuch, Presse und Öffentlichkeit rechtswidrig auszusperren.

Mein eigener Prozess: Kurz vor Beginn der Hauptverhandlung gegen mich am 30. August 2023 hatte die vorsitzende Richterin Szabados versucht, meinen Verteidiger zu entpflichten, also loszuwerden. Hans-Eberhard Schultz vom Haus der Demokratie und Menschenrechte ist seit Jahrzehnten europaweit und darüber hinaus in höchstem Maße anerkannt, gewann zudem mehrere Verfassungsgerichtsprozesse. Das wurmt das BRD-Spritzenmörderregime und die treibenden Kräfte dahinter.



Anselm Lenz mit Tochter Marie vor der Tür der Berliner Staatsanwaltschaft im Gebäude des international verrufenen Berliner Amtsgerichts Tiergarten. Foto: DW

Mein Prozesstag fiel kurz aus: Schultz verteidigt mich weiter, die Richterin will mehrere Verfahren gegen mich wegen Widerstandes zusammenziehen. Wie ich später aus der Hauspostille glühender Antisemiten, Kinderquäler und Spritzenmörder in der BRD, der Tageszeitung Taz erfuhr, soll mir wohl angeboten werden, mich auf 210 Tage oder Geldzahlungen ans Regime zu verknacken. Ich habe noch nichts entschieden und danke allen Prozessbeobachtern von nah und fern ganz ausdrücklich!

So oder so: Dieses perverse Schweineregime wird fallen und sich das Verhältnis schon sehr bald umkehren! Bis zum umfassenden Sieg grüßt Sie herzlich demokratisch,

Anselm Lenz
Journalist & Verleger im Deutschland der Gegenwart; Bürgerrechtler und Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020

Lindemann siegt, Weimar triumphieren

... und warum das den Konzernmedien gar nicht gefällt | Von Klaus Müller

Tja, das hatten sich die Konzernmedien anders vorgestellt. Wochenlang wurde Till Lindemann wie eine Sau durchs Land getrieben (DW berichtete). Der Rammstein-Sänger sah sich mit Vorwürfen des Machtmissbrauchs gegenüber jungen Frauen konfrontiert. Und mit Vorverurteilungen! Diverse Medien überboten sich zeitweise fast stündlich mit vermeintlich neuen Details zu einem Skandal, der sich letztlich einmal mehr als ein Medienskandal erwies. Die Anschuldigungen gegen Lindemann waren haltlos. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat die Ermittlungen inzwischen eingestellt. Dies teilte die Behörde am 29. August mit. Somit wird es nicht zu einer Anklage gegen den Musiker kommen.

Positiv an dieser Geschichte: Die Verleumdungskampagnen von *Bild*, *Süddeutsche Zeitung* & Co führen immer seltener zum Erfolg. Ja, sie erweisen sich sogar zunehmend als Eigentore. Hubert Aiwanger lässt grüßen: Nach der sogenannten Flugblatt-Affäre (Seite 4) legten die Freien Wähler in einer aktuellen Insa-Umfrage um satte vier Prozent zu. Bei Lindemann war es ganz ähnlich: Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen – der unseriösen Berichterstattung rissen sich die Fans bei der vergangenen Rammstein-Tour um Tickets. Immer wieder hieß es: Ausverkauft! Der Erfolg der Band blieb also ungebrochen – sehr zur Empörung der *Mainstream*-Medien. Es ist offensichtlich: Immer mehr Menschen durchschauen deren böse Machenschaften.

Das gilt auch in Bezug auf Weimar (DW berichtete u. a. in den Ausgaben 92, 122). Die *Newcomer*-Rockband war 2022 mit ihrem Debütalbum »Auf Biegen und Brechen« in den Charts von null auf Platz fünf geschnellt. Ein gigantischer Erfolg, der jedoch kaum verwunderte, denn mit ihren ins Ohr gehenden Melodien und ihren systemkritischen Texten eroberten die maskierten Musiker



Hat keinen Grund, skeptisch drein zu schauen: Rammstein-Sänger Till Lindemann ließ sich von den Medien nicht einschüchtern und wehrte sich auf juristischer Ebene mit seinen Anwälten erfolgreich gegen haltlose Anschuldigungen. Foto: Commons



Auch Weimar trotzten einer üblen Diffamierungskampagne. Dank ihrer treuen und großen Fangemeinde stürmten sie mit ihrem Album »Auf Biegen und Brechen« ein zweites Mal in die Top five der deutschen Charts. Promofoto: Facebook Weimar

auf Anhieb die Herzen vieler Menschen, wurden dadurch allerdings – in Zeiten wie diesen zwangsläufig – zum Angriffsziel für den *Mainstream*. Das von Bill Gates finanzierte Relotius-Blättchen *Spiegel* berichtete im Februar 2023 über die Jugendsünden von zwei der vier Bandmitglieder. Sie gehörten vor vielen Jahren der rechtsextremen Szene in Thüringen an. Ein großer Fehler, wie die beiden selbst einräumen. Doch anstatt die Band als Paradebeispiel dafür zu loben, wie man den Weg von der schiefen Bahn zurück in die Gesellschaft schaffen kann, versuchten die Konzernmedien, Weimar zu vernichten. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten: Die Plattenfirma *Universal Music* distanzierte sich, bei den *Streaming*plattformen wurden Musik und Videos *offline* genommen, die bevorstehende Deutschland-*Tour* gestrichen. Doch Weimar ließen sich von der Diffamierungskampagne nicht einschüchtern und feiern nun ein grandioses *Comeback*: Ende August veröffentlichten sie ihr Album auf eigene Faust ein zweites Mal und schossen in den Charts von null nunmehr sogar bis auf Platz zwei!

Den links-grünen Gutmenschen passt das natürlich gar nicht. Zu diesen zählt offenbar auch die Indie-Band Madsen aus dem niedersächsischen Prießeck, die sich vor Wochen bereits im Fall Lindemann als Moralapostel berufen fühlten und in den sozialen Medien »aus aktuellem Anlass« ein paar Zeilen zum Thema Machtmissbrauch mitteilen mussten. Nun brachten Madsen parallel zu Weimar ihr neues Album heraus. Die beiden Bands lieferten sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Spitzenposition der Charts. Am Abend vor Veröffentlichung der neuen Rangliste waren sich Madsen nicht zu schade dafür, bei einem Konzert in Gießen an ihre Fans zu appellieren, doch unbedingt noch schnell ihr neues Album zu kaufen, um zu verhindern, dass die Spitze der Charts »braun wird«. Schließlich hätten Weimar einen »neonationalistischen Hintergrund«, es sei also eine »rechte Band. Das wurde recherchiert, das ist lupenrein.« Bei solchen Worten kann man sich nur an den Kopf fassen. Aber Madsen schafften es tatsächlich, Weimar noch zu überflügeln. Ein Ziel verfehlten sie aber, denn die Spitze der Albumcharts war am 25. August leider brauner denn je: Platz eins stand über Nacht plötzlich für Denunziation, Hetzerei, Vorverurteilung und Heuchelei. Na, Glückwunsch!

Hin Da! KULTURKALENDER

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

09.09.2023 • Bautzen; Kornmarkt • FRIEDENSFEST • mit Wolfgang Effenberger, Owe Schattauer, Martin Müller-Mertens, Alex Quint und weiteren. Musik von Yann Song King, Corona Bavaria, Esteban Cortez u.v.m., Moderation: Julia Szarvasy • 15:00 Uhr – 22:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden willkommen

10.09.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachener Str. 68, 50674 Köln • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19:00 Uhr • Tickets: 24€ unter www.kabarett-musik.de

12.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR–TALK • »Klima-Narrative – Zwischen Alarmismus ud Wissenschaft« Jens Lehrich im Gespräch mit Markus Fiedler, Anthony Lee, Michael Limburg und Felix Feistel • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter reservix.de/tickets-fair-talk-tv/t19041 oder adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html

13.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR–TALK • »Tiefer Staat – Verdeckte Operationen und investigativer Journalismus« Jens Lehrich im Gespräch mit Dirk Pohlmann, Jutta Rabe, Patrik Baab und Mathias Bröckers • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter reservix.de/tickets-fair-talk-tv/t19041 oder adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html

14.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR–TALK • »Die Macht der Worte – Neusprech, Wortverbote, Sprachvorschriften. Wie politisch korrekt spricht Deutschland?« Jens Lehrich im Gespräch mit Peter Hahne und weiteren • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter reservix.de/tickets-fair-talk-tv/t19041 oder adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html

17.09..23 • Villingen-Schwenningen; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

18.09.23 • Pforzheim; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

23.09.2023 • Annweiler; Restaurant s'Reiwerle, Flitschberg 7, 76588 Annweiler • VORTRAG • »Corona-Täter« von Ralf Ludwig • Einlass ab 17:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter 06346 929362

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „An der Buschheide" Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab !8:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

14.10.23 • Hamburg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

20.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

21.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • WORKSHOP • »Angst essen Freiheit auf!« von und mit Kayvan Soufi-Siavash • 10:00 Uhr – 17:00Uhr • Tickets:180€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

22.10.23 • Deggenhausertal; Alfons-Schmidmeister-Halle, Schulweg 3, 88693 Wittenhof/Deggenhausertal • VORTRAG • »Nur die Wahrheit zählt: Wie wir aus der Krise kommen.« von Peter Hahne • 15 Uhr • Eintritt auf Spendenbasis

22.10.23 • Rosenheim; Kulturkongress, Kufsteiner Str. 4, 83022 Rosenheim • COMEDY-SHOW • »Spitze Zungen oder: Ist Satire noch erlaubt?« mit Lisa Fitz, Uwe Steimle, Marco Rima und anderen • Einlass ab 18:00 Uhr, Beginn 19:00 Uhr • Tickets ab 39€ unter friedensweg.ticket.io

26.10.23 • Würzburg; Congress Centrum, Pleichertorstraße, 97070 Würzburg • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:30 Uhr • Tickets:: 29€ unter friedensweg.ticket.io

27.10.23 • Osterhofen; Hambacher Kulturförderverein e.V./ Donaucenter Schubert, Donau-Gewerbepark 24, 94486 Osterhofen • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • Tickets: 39€ unter friedensweg.ticket.io

29.10.23 • Erding; Stadthalle, Alois-Schießl-Platz 1, 85435 Erding • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • AUSVERKAUFT

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



WIE ICH MEINE UNI VERLOR
Michael Meyen

Edition Ost
ISBN: 978-3-89793-377-4



DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHE RUNDFUNK IST AM ENDE
Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Fiftyfifty-Verlag
ISBN: 9783946778455



Das Erste-Hilfe-Büchlein gegen Propaganda
Caitlin Johnston

Westend Verlag
ISBN: 9783864894282



DAS INDOKTRINIERTE GEHIRN
Michael Nehls

Mental Enterprises
ISBN: 978-3-9814048-8-3



ENDSPIEL DES KAPITALISMUS
Norbert Häring

Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3-404-07007-7



DAS STAATSVERBRECHEN

Gunter Frank

Achgut-Edition
ISBN: 978-3-9822771-4-1



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



FREIBRIEF VOM GERICHT

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Nichts hören, nichts sehen – und trotzdem etwas sagen: Das scheint das neue Motto der Justiz, die die Wirklichkeit ausblendet, um sie nicht in Frage stellen zu müssen. Nach der Corona-Politik wurde jetzt auch der Journalismus heiliggesprochen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann machen, was er will: So lässt sich ein Urteil des höchsten Verwaltungsgerichts in Bayern deuten. Die Klägerin wollte die 18,36 Euro nicht mehr überweisen. Ihr Argument: strukturelles Versagen. Die Anstalten liefern einfach nicht das, wofür wir sie bezahlen, festgehalten im Medienstaatsvertrag. Paragraf 26 verspricht Objektivität und Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit.

Dieses Gesetz hat einen Schönheitsfehler, eingebaut gleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Anders als zum Beispiel bei der *BBC* gibt es keinen Hebel, über den das Publikum Qualität einfordern könnte. In England muss man nur zahlen, wenn man die Programme tatsächlich nutzt. In den letzten knapp drei Jahren haben dort 1,5 Millionen Haushalte gekündigt.

In Deutschland? Mahnwachen. Beitragsverweigerer. Im *MDR*-Gebiet inzwischen knapp zehn Prozent. Und nun dieser Prozess in Bayern, unterfüttert mit einem Gutachten, in dem meine Leute und ich zeigen, dass *ARD* und *ZDF* in Hauptnachrichten und Abendtalks schon eine ganze Weile an ihrem Auftrag vorbeisenden.

Heute weiß ich: Wir hätten uns die Mühe sparen können. Auch in der zweiten Instanz waren die Inhalte egal. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof sagt in seinem Urteil vom 17. Juli: Zuständig sind nicht wir Richter, sondern die »Gremien«. Und die sind »plural besetzt«. Außerdem sind da doch »Eingabe- und Beschwerdemöglichkeiten«. Wer das je versucht hat, wird mit dem Kopf schütteln.

Der Clou dieses Urteils: Der »Vorteil«, den wir uns mit dem Rundfunkbeitrag erkaufen, liegt »alleine in der individuellen Möglichkeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nutzen zu können«. Großartig. Wir zahlen, damit es die Programme gibt. Damit das auch jeder richtig versteht, setzt das Gericht noch einen drauf. Vielfalt und Ausgewogenheit? Darauf kommt es überhaupt nicht an. Auch auf die Nutzung nicht. Es reicht, dass wir das ja jederzeit könnten. Und damit zum Wetter.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



SPORT MIT BERTHOLD

FC BAYERN, FOREVER NUMBER ONE

Ein Fanlied des Münchener Dauermeisters im Fußball lautet übersetzt: »FC Bayern, für immer auf Platz eins«. Der *Self-Made-Club* ist nunmehr elfmal in Folge Deutscher Meister geworden und ein Ende ist nicht abzusehen, zumal sie mit Harry Kane noch »eine echte Neun« aus England geholt haben. Er wird den ein Jahr lang vermissten Robert Lewandowski zumindest teilweise ersetzen.

In der Bundesliga sehe ich Bayer 04 Leverkusen in dieser Saison als einzigen Konkurrenten der Bayern. Schon nach drei Spieltagen hat sich die Tabelle erwartungsgemäß sortiert. Warum ich nur Leverkusen als ernsthaften Konkurrenten sehe? Borussia Dortmund und RB Leipzig hatten zu großen Aderlass, zu viele nicht gleichwertig ersetzte Spielerabgänge. Auch wenn das Meisterschaftsrennen wahrscheinlich wieder nicht sehr aufregend werden wird, hat das Fußballspiel trotzdem etwas zu bieten. Für die Aufsteiger aus Darmstadt und Heidenheim wäre ein Platz im Mittelfeld ein Traum! Unabhängig davon hat jede Saison Ihren Reiz – und dass jede Mannschaft kämpft und alles gibt, ist doch selbstverständlich!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



JAHRE DER MASKE, ZEIT DES AUFBRUCHS

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Klaus Ebbert

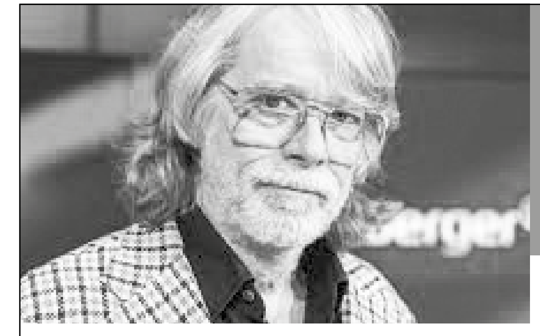
In meinem letzten Beitrag beschrieb ich eine Zeit des Erwachens. Vielleicht aber werden manche Historiker später einmal von den Jahren der Maske sprechen. Einer Maske, die uns Menschen tagtäglich begleitet und geknechtet hat. Und das überall auf der Welt. Einer Maske, die viele krank machte und Angst in ihnen schürte. Die, die Gesichtsmimik wegmaskiert hat. Einer Maske, die viele in tumbe Denunziation und Besserwisserei lockte, die also insgesamt viel mehr geschadet als genutzt hat.

Als wäre das alles nicht schlimm genug, gab es da noch eine andere Art Maske, zwar unsichtbar, doch nicht minder destruktiv. Satirisch könnte man sie als imaginären Hirnlappen bezeichnen. Dieser sollte das Gehirn schützen vor dem Einfluss des klaren Menschenverstandes, der logischen Argumente und des Hinterfragens. Was er allerdings durchließ, waren die winzig kleinen Viren einer ständigen *Mainstream*-Beeinflussung mit infektiösen Ablegern wie Angst, Indoktrination, Propaganda oder Panikmache. Diese durchdrangen das medienverstumpfte Gehirn vieler Zeitgenossen und trieben dort ihr böses Unwesen. Doch wie tröstlich, dass es da noch eine respektable Minderheit gab, die sich strikt geweigert hat, die Masken zu tragen und diese ganze Unvernunft mitzumachen. Die ihren gesunden Menschenverstand eben nicht ausgeschaltet hat. Für sie waren die Jahre der Maske Anlass zur Erneuerung sowie eine Zeit des Aufbruchs und der Vernetzung. Eine Zeit, die man nicht mehr missen möchte.

Nun gibt es aber bei vielen Menschen, ob aufgewacht oder nicht, leider noch eine völlig andere Art innerer Maske, von der im Neuen Testament die Rede ist. Gewissermaßen ein Vorhang vor dem menschlichen Geist, der verhindert, dass man den Schöpfer erkennt und zu ihm findet. Er besteht aus Stoffen wie Gleichgültigkeit, Hetze durchs Leben, Oberflächlichkeit, strenger Religiosität, Suchen an falschen Stellen oder auch ganz einfach Rebellion des Egos gegen Gott.

Jesus kam auf diese Welt, um die Menschen von dieser Blindheit, von dieser dunklen Maske zu befreien. Er sagt von sich selbst, dass er das Licht der Welt, der Weg zum, die Wahrheit über und das Leben im Schöpfer ist. Ich durfte selbst vor über 35 Jahren erleben, wie der Geist Gottes mir gewissermaßen die Jalousien vor meinen inneren Augen hochgezogen hat. Wie er mir in seinem Wort und durch andere Menschen begegnet ist und das bis heute hin tut. Da wurde das für mich wahr, was Jesus in Johannes 14,9 sagt: »Wer mich gesehen hat, hat den Vater gesehen.«

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Ich erlebe eine Kastration der Kultur. Freimachen kann ich mich, indem ich Renitenz beweise. Einfach nicht reagieren. Das verschafft mir noch mehr Freiheit. Ich denke nicht, dass ich irgendjemandem mit meiner Kunst wehtue. Das Phänomen der ›kulturellen Aneignung‹ zum Beispiel interessiert mich überhaupt nicht. Nicht die Bohne relevant.«

Helge Schneider, Komiker und Musiker, im Interview mit dem Rolling Stone Magazin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. … EN WILLEN«
LEONARD COHEN

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*